

Bezugspreis:

Für den Monat Januar 1923 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Luxemburg 2100 M., für das übrige Ausland 2600 M. Bestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonntag, den 13. Januar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distrikts-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopiergebühr kostet 500 M. Reklameweile 1500 M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 120 M. (zweifache zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 80 M. Stellengedruckte das erste Wort 80 M., jedes weitere Wort 60 M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 80 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Die Antwort der deutschen Regierung.

Die Reichsregierung hat dem hiesigen französischen Botschafter gestern, Freitag, mittag um 1 Uhr folgende Antwort auf die Notifikation der Ruhrbesetzung übermittelt:

Herr Botschafter!

Auf die Mitteilungen, die Euerer Excellenz mir am 10. Januar mündlich und schriftlich gemacht haben, und die gleichzeitig dem deutschen Botschafter in Paris von der französischen Regierung zugegangen sind, beehre ich mich im Namen der deutschen Regierung folgendes zu erwidern:

Die französische Regierung hat, ebenso wie die belgische Regierung, eine Aktion gegen das Ruhrgebiet beschlossen, die sie als Entsendung einer Kontrollkommission von Ingenieuren und Beamten bezeichnet. Diese Kommission soll, von Truppen begleitet, die Tätigkeit des deutschen Kohlenhandels überwachen, die genaue Durchführung der Programme der Reparationskommission sicherstellen und alle für die Bezahlung der Reparationen notwendigen Maßnahmen treffen. Zu diesem Zwecke soll sie mit diktatorischen Befugnissen ausgestattet werden. Sie soll volle Befehls- und Strafgewalt über das Personal der deutschen Verwaltung und die Vertreter von Industrie und Handel in den besetzten Gebieten erhalten. Auch soll sie befugt sein, von den Verwaltungsstellen, den Handelskammern, den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, sowie von den Kaufleuten jede Auskunft zu verlangen und die Bureaus, Bergwerke, Fabriken, Bahnhöfe und andere Anlagen zu durchsuchen.

Nach den der deutschen Regierung von den örtlichen Behörden zugegangenen Meldungen hat die Durchführung der Aktion inzwischen begonnen. Französische und belgische Truppen in bedeutender Stärke sind in voller kriegsmäßiger Ausrüstung in das Ruhrgebiet eingezogen.

Die französische Regierung gründet ihre Aktion auf die Feststellungen der Reparationskommission über den Stand der deutschen Holz- und Kohlenlieferungen und beruft sich dabei auf die §§ 17, 18 der Anlage II zu Teil VIII des Versailler Vertrages. Zugleich erklärt sie, daß sie für den Augenblick nicht an eine militärische Operation oder an eine Besetzung mit politischem Charakter denke. Sie glaubt hinzufügen zu sollen, daß sie auf den guten Willen der deutschen Regierung zähle, die das größte Interesse habe, die Arbeit der Kommission und die Unterbringung der Truppen zu erleichtern.

Die deutsche Regierung muß den Scheiter zugeben, den die französische Regierung mit dieser Darstellung über den wahren Charakter ihres Vorgehens zu werfen sucht.

Die deutsche Regierung erklärt, daß die Beschlüsse der Reparationskommission und die angeführten Vertragsbestimmungen keinerlei Rechtsgrundlage für die Aktion im Ruhrgebiet enthalten, daß diese Aktion vielmehr eine Verletzung des Völkerrechts und des Vertrags von Versailles darstellt. Nach den ausdrücklichen Feststellungen der Reparationskommission in ihrer Note vom 21. März 1922 würde eine Verletzung bei den Holz- und Kohlenlieferungen nichts anderes als die Forderung von Verzögerungen rechtfertigen, so daß die Anordnung anderweitiger Maßnahmen auf Grund der §§ 17, 18 in diesem Falle ausgeschlossen ist. Selbst bei rechtmäßiger Anwendung der §§ 17, 18 würden aber nur wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen oder nur solche Maßnahmen, die ihnen dem Wesen und der Bedeutung nach gleichzustellen sind, gegen Deutschland getroffen werden dürfen. Das könnten nur Maßnahmen sein, welche die Alliierten in ihrem eigenen Hoheitsgebiet durchführen, nicht dagegen Maßnahmen, die wie der gegenwärtige Einbruch von Truppen und Beamten in das Ruhrgebiet die

denkbar schwerste Verletzung der deutschen Hoheitsrechte bedeuten. Endlich können nach dem Vertrag etwa zulässige Maßnahmen gegen Deutschland nur von den an den Reparationen beteiligten Mächten gemeinsam, nicht von einzelnen Mächten auf eigene Faust getroffen werden.

Vergeblich versucht die französische Regierung, die Schwere dieses Vertragsbruches dadurch zu verhüllen, daß sie der Aktion eine friedliche Benennung gibt. Die Tatsache, daß eine Armee in kriegsmäßiger Zusammensetzung und Bewaffnung die Grenzen des unbefetzten deutschen Gebietes überschreitet, kennzeichnet das französische Vorgehen als eine militärische Aktion. Hieran wird nichts geändert durch die Erklärung, daß Frankreich keine militärische Operation oder Besetzung mit politischem Charakter beabsichtigt, eine Erklärung, die übrigens nicht unbedingt, sondern nur für den gegenwärtigen Augenblick ausgesprochen wird.

Die deutsche Regierung stellt fest, daß die französische Regierung als einziger sachlicher Anlaß für diesen Vertragsbruch die Tatsache heranzuziehen vermag, daß Deutschland für das Jahr 1922 mit verhältnismäßig geringen Mengen bei der Lieferung von Holz und Kohle im Rückstand geblieben ist. Nach den ungeheuren Leistungen, die Deutschland in Erfüllung der Waffenstillstandsabkommen und des Vertrages von Versailles unter äußerster Anspannung und bis zur Erschöpfung seiner Leistungsfähigkeit über Jahre lang bewirkt hat, genügen diese geringfügigen Rückstände der französischen Regierung, um mit starkem militärischem Aufgebot in deutsches Gebiet einzudringen und die Hand auf den wichtigsten Besitz der deutschen Wirtschaft zu legen.

Die deutsche Regierung erhebt gegen die Gewalt, die hiermit einem wehrlosen Volke angetan wird, vor der ganzen Welt feierlichen Protest.

Sie kann sich gegen diese Gewalt nicht wehren. Sie ist aber nicht gewillt, sich dem Friedensbruch zu fügen oder gar, wie ihr angejungen wird, bei der Durchführung der französischen Absichten mitzuwirken. Sie weist diese Zumutung zurück. Die Verantwortung für alle entstehenden Folgen fällt allein auf die Regierungen, die den Einmarsch vollzogen haben. Diese Folgen haben sich bereits in einer weiteren Entwertung der Mark und einer sprunghaften Steigerung aller Preise in Deutschland gezeigt; die künftigen wirtschaftlichen und politischen Folgen sind unübersehbar. Solange der vertragswidrige Zustand, geschaffen durch den gewaltsamen Eingriff in das Zentrum der deutschen Wirtschaft, andauert und seine tatsächlichen Folgen nicht beseitigt sind, ist

Deutschland nicht in der Lage, Leistungen an diejenigen Mächte zu bewirken, die jenen Zustand herbeigeführt haben.

Indem ich Sie bitte, Vorstehendes Ihrer Regierung mitzuteilen, benutze ich auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Eingemäß die gleiche Note wurde dem belgischen Geschäftsträger in Berlin überreicht.

Morgen 15 Massenversammlungen

Näheres Beilage!

Der bankerotte Sieger.

Meinungen französischer Verständigungspolitik.

Am Tage nach dem Bruch des Versailler Vertrages erschien die erste Nummer eines Organs, das mit Hilfe geeigneter Veröffentlichungen, durch Erleichterung des gegenseitigen Verständnisses die Möglichkeit einer Verständigung zwischen den Deutschen und Franzosen schaffen will. Es nennt sich „Deutsch-französische Wirtschafts-Korrespondenz“. Als Herausgeber zeichnet der bekannte Statistiker und Pazifist R. Luczynski.

Das Unternehmen ist wie jede Tat, die durch die Atmosphäre des vom französischen Imperialismus entfachten Hasses eine Brücke des gegenseitigen Verständnisses der Völker schlagen will, zu begrüßen. Selbst oder vielmehr gerade heute, wo jedes ehrliche Bemühen um den Frieden der Welt durch die „friedliche“ Aktion geharnischter Truppen und Panzerautos fast aussichtslos geworden ist, wo das deutsche Volk einer Zeit schwerster Leiden entgegengeht, zu deren Ueberwindung es aller Selbstbefinnung bedarf, ist die Kenntnis der Gründe für das Handeln unserer Gegner wichtig. Sie ist sogar die Voraussetzung, will man die Hoffnung bewahren, daß mit oder nach dieser schweren Prüfung unseres Volkes der Wille zu gemeinsamer internationaler Arbeit an der Heilung der Kriegswunden den Sieg behält.

Frankreichs Vorgehen ist von zweierlei Bestrebungen getrieben. Einmal, von imperialistischer Willkür, die unter allen Umständen die Ausdehnung des Reichsbereiches mit ihren ökonomischen Nebenwirkungen, der Vereinigung westfälischer Kohle mit dem französischen Erze will. Dann aber ist es die panikartige Verzweiflung über die Entwicklung des französischen Staatshaushaltes, die unglaublich angewachsene Staatsschuld, der schleichende Bankrott, der sich jeden Tag zur offenen Katastrophe entwickeln kann.

Professor Charles Gide von der Pariser Universität bringt darüber in der genannten Korrespondenz wesentliche Einzelheiten. Eine Gesamtaufrechnung der französischen Schulden ergibt die Summe von mehr als 360 Milliarden Frank. Allein seit Kriegsende ist sie um 171 Milliarden Frank gewachsen. Durch die auslaufenden Zinsen für die zum Zweck des Wiederaufbaues einschließlicher Pensionen für die Kriegsbeschädigten und ihre Familien aufgenommenen Anleihen, also alles Ausgaben, auf deren Rückzahlung durch Deutschland man rechnete, wird die französische Staatsschuld im Jahre 1930 vermutlich auf 450 Milliarden angewachsen sein.

Ran hat sich in Deutschland daran gewöhnt, mit Milliardenziffern zu arbeiten. Die Geldentwertung hat alle herkömmlichen Zahlenbegriffe über den Haufen geworfen. Deshalb bedürfen die Ziffern Gides eine Erläuterung. Die deutsche, vornehmlich im Inland aufgenommene Staatsschuld beträgt mit Ausnahme der Reparationen rund 2,2 Billionen Mark. Das ist, am Auslandswert der Mark gemessen, noch nicht eine Milliarde Goldmark. Frankreich rechnet mit einer Gesamtschuld von 450 Milliarden Frank. Am Auslandswert des Frank gemessen, wären das 161 Milliarden Goldmark oder rund 129 Milliarden Goldmark. Es ist — nachdem Poincaré selbst durch seinen Moratoriumsvorschlag es anerkannt hat — vor allen, auch den jetzt feindselig aufstrebenden Staaten erwiesen, daß Deutschland eine solche Schuldsumme nicht tragen kann. Daß Frankreich, selbst wenn es seine verschwenderischen Ausgaben für den Militarismus streicht und den kostspieligen Sport der „friedlichen“ Okkupationen aufgibt, auf die Dauer seiner Schuld nicht gewachsen ist, liegt auf der Hand. Wenn zwei Nationen am Verhungern sind, heißt die stärkere auf die schwächere los. Das ist das Geheimnis der französischen Krafmeieregeste und Konfliktlust, das ist auch der Grund, weshalb eine ganz gewaltige Mehrheit der französischen Kammer dem Ministerpräsidenten zubehelte, als er die Besetzung des Ruhrgebietes mitteilte.

Nach Gide verzehrt heute die Zinslast für die öffentliche Schuld nach vorsichtiger Rechnung mindestens 20 bis 21 Proz. des Volkseinkommens. Steigt aber der Frank etwa auf seinen Goldwert, so würde die Belastung durch die öffentliche Schuld 57 Proz. des Volkseinkommens betragen. Dazu kommen noch die durch Steuern bestrittenen Ausgaben des Staatshaushaltes. Rechnet man sie zu der Zinslast hinzu, so verschlingt der öffentliche Bedarf in dem Falle der Rückkehr zur Goldwährung mehr als 90 Proz. des Volkseinkommens! Gide hätte allerdings berücksichtigen müssen, daß sich eine ähnliche Erhöhung der schwebenden Schuld und der Staatsausgaben auch in Deutschland mit demselben Augenblick einstellen wird, wo die Stabilisierung der Mark erfolgt. Deshalb ist der oben zur Verdeutschung der französischen und der deutschen Schuldentlast angewandte Maßstab des Auslandswertes nicht ganz zutreffend. Gide kommt zu dem Ergebnis:

„Diese Darlegungen werden, denke ich, genügen, um zu zeigen, wie ungerade die in Deutschland landläufige Behauptung ist, die Geldforderungen Frankreichs hätten keinen anderen Zweck, als Frankreich zu bereichern und Deutschland zu ruinieren. Sie haben in Wahrheit keinen anderen Zweck, als den Ruin Frankreichs zu verhüten.“

Keine Reparationskohle mehr.

Die Zechen des neubefetzten Gebietes haben von der Reichsregierung den Bescheid bekommen, daß sie für erzwungene Kohlenlieferungen von der deutschen Regierung keine Barzahlungen mehr zu erwarten haben. Befürderten Frankreich und Belgien die Kohlen von sich aus, so werden sie auch für die Bezahlung aufkommen müssen, soll nicht das gesamte Wirtschaftsleben des Ruhrgebietes innerhalb kürzester Frist in völliges Stocken geraten und die Zechen außerstande sein, noch weiterhin ihre Arbeiter zu bezahlen. Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, verkehrten von der ersten Stunde des französisch-belgischen Vormarsches an keine Wiedergutmachungskohlenzüge mehr in der Richtung nach Frankreich und Belgien. Lediglich die Italienzüge wurden noch weiter abgefertigt, da es noch nicht feststeht, ob Italien ebenso wie Frankreich und Belgien als vertragsbrüchig angesprochen werden muß.

Mehr prinzipieller Natur ist, daß die Reichsregierung auch die Barzahlungen an Frankreich und Belgien als offiziell eingestellt erklärt. Denn tatsächlich haben wir schon seit längerem keine Barzahlungen mehr geleistet, weil Deutschland dazu außerstande war. Das Moratoriumsgesuch vom 14. November, das eine Regelung bringen sollte, ist nach wie vor in der Schwebe, da bekanntlich keine Antwort auf dieses Gesuch der Regierung Wirth, das sich die Regierung Cuno zu eigen gemacht hat, erfolgt ist, und die damals eingeleiteten Verhandlungen durch den negativen Ausgang der Konferenzen in London und Paris scheitern haben.

Die Arbeiter gegen den Rechtsbruch.

Bochum, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeitnehmergebände, die am Freitag von einer französischen Militärkommission aufgesucht wurden, haben die angebotene Hilfe abgelehnt, da sie jedes Wohlwollen gewaltsam eingebrochener fremder Truppen unangenehm empfänden. Sie haben die Beauftragten Poincarés auf die wirtschaftlichen Folgen des Gewaltaktes hingewiesen und ihnen erklärt, daß mit den ungeheuren Summen, die der französische Militarismus in den deutschen besetzten Gebieten nutzlos verschwendet, Nordfrankreich längst wieder hätte aufgebaut werden können, ferner, daß sie keine Vermittlung der Franzosen bei Lohnstreitigkeiten brauchen und sich selbst stark genug fühlen, den Achtstundentag aufrechtzuerhalten. Die französische Agitation könnte der deutschen Arbeiterschaft nie und nimmer weismachen, daß finanzielle Notwendigkeiten diesen Gewaltakt rechtfertigen könnten.

Die haibe Ruhrförderung okkupiert.

Essen, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Bis heute nachmittag liegen 50 Proz. der rheinisch-westfälischen Steinkohlengruben im französisch-belgisch neubefetzten Gebiet.

Bezahlungslinie: im Süden des Ruhrgebietes von Steele aus über Aray nach Kapernberg, Horst-Emscher, Buer, Gladbeck.

Russischer Protest gegen die Ruhrbesetzung?

Wie die „D. T. A.“ aus zuverlässiger Quelle meldet, hat die russische Sowjetregierung bei sämtlichen Alliierten gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen und Belgier feierlich Protest eingelegt.

Sie tut unecht, nicht den letzten Schluss aus seiner Erkenntnis zu ziehen. Frankreich ist bankrott. Frankreich kann sich in Deutschland nie ganz bezahlt machen, Frankreich braucht ein Deutschland, das nicht zahlen will, darum verschließt es sich der Erkenntnis, daß Deutschland heute nicht zahlen kann. An dem Tage, an dem der finanzielle Bankrott Frankreichs offenbar wird, wird man auch gezwungen sein, die Panzerwagen zu verschrotten und die Gewehre in die Ecke zu stellen, um mit den übrigen Ländern eine gemeinsame Lösung zu suchen unter Hintanhaltung imperialistischer Ansprüche. Aber bis dahin ist — so scheint es — noch ein weiter Weg.

In einem zweiten Artikel entrollt Paul Reynaud den bekannten, vom deutschen rechtsstehenden Bankier Max Stammenden Plan einer Lösung des Reparationsproblems durch die Beteiligung der Entente an der deutschen Industrie und Landwirtschaft. Dieser Plan ist bekanntlich in Deutschland wie in Frankreich auf den heftigsten Widerstand. Auch die deutsche Sozialdemokratie hat ihren Plan einer „Erfassung der Sachwerte“ nie so ausgeführt, daß fremden Staaten ein direkter Anteil am privatwirtschaftlichen Volkvermögen gegeben werden soll. Ein solches Kompagniegeschäft der Entente mit dem deutschen Kapital zur Ausbeutung des arbeitenden Volkes lehnt sie ab. Heute ist es übrigens nahezu ausgeschlossen, daß Reynauds Vorstoß irgendwo Freunde finden wird. Und das wird erst recht dann nicht der Fall sein, wenn Frankreich mit der Auffassung an die Frage herantritt, die Reynaud zusammenfassend folgendermaßen kund tut:

„Nichting dies (nämlich die Lösung des Reparationsproblems auf diesem Wege — Red. d. B.) und ergibt sich, daß die modernen Methoden der Ueberführung von Reichthümern nicht angewendet werden können, so wird das französische Volk unermesslich gezwungen sein, auf die veralteten und abgeurteilten Methoden der Vergangenheit zurückzugreifen.“

Also Annektion der Weisheit letzter Schluss? — Nein, wer derart tief in die deutsche Wirtschaft eingreifende Vorschläge macht, der muß wissen und wollen, daß die Gewalt in jedem Falle ausgeübt hat. Anders ist eine Verständigung nicht denkbar. Die Männer, die hier ehrlich an der Verständigung der Völker arbeiten wollen, werden uns den freundschaftlichen Rat nicht übel nehmen, die einmal beschränkten Gedankengänge bis in die letzte Konsequenz hinein auszudenken. Denn nur Klarheit, eigenes Verstehen bahnt den Weg zum Verständnis bei den anderen.

## Die Konferenz der Staatspräsidenten.

Berlin, 12. Januar. (WIB.) In der heutigen Versammlung der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder gab der Reichskanzler ein Bild der allgemeinen Lage und ging im besonderen auf die Reparationsfrage und die von der Reichsregierung in dieser Angelegenheit unternommenen Schritte, sowie auf die durch die rechtswidrige Besetzung des Ruhrgebietes geschaffene Situation ein. Der Reichsminister des Auswärtigen machte hierzu ergänzende Mitteilungen. Bei der folgenden Aussprache billigten die Vertreter der Länder einmütig das Verhalten der Reichsregierung. Dabei gab der bayerische Ministerpräsident eine Erklärung ab, in der er sich hinter die Reichsregierung stellte.

Im Laufe der Versammlung wurde die innerpolitische und die wirtschaftliche Lage besprochen, wobei der Reichswirtschaftsminister die von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen gegen Luxus und Schlemerei zur Kenntnis gab. Die betreffenden Gesetzentwürfe werden, ebenso wie diejenigen, die sich gegen die Auswüchse im Handel mit edlen und unedlen Metallen richten, den gesetzgebenden Körperschaften mit größter Beschleunigung zugehen. Der Reichswirtschaftsminister und der Reichsverkehrsminister sprachen über die Kohlenlage, der Reichsernährungsminister über die Ernährungsfrage, ebenso wurde die Ausländerfrage erörtert.

## Die Mias und der Schmarren.

Eine abscheuliche Kezerei von Hans Bär.

Wenn ich meinen Augapfel auf den Film werfe, denke ich sofort an Mia. Mia ist einzig. Mia ist der Inbegriff aller Weiblichkeit, die ich auf Lager habe. Wenn Mia ins Kino geht, freue ich mich, denn dann meint sie regelmäßig und das macht mir riesigen Spaß. Sonst knüpft sie nämlich ihre Seele zu, daß keiner Lug daraus wird. Aber im Kino weint sie. Zum Beispiel an folgenden Stellen: Die Dorothea Schlemmich (Großaufnahme) merkt drei Monate nach jenem unüberlegten Augenblick, daß die Welt von ihrer Sünde erfahren wird. Denn im Film sind fast alle Männer schlimme Ueberwinderer und alle Frauen schwache Opfer. (Das gehört sich für den ehrbaren Zuschauer.)

Wiso... die Dorothea Schlemmich (Großaufnahme) merkt... und die Mutter dringt in sie, fragt sie aus, spitzt den Mund, bittet und steht, läßt einen frommen Augenausschlag. Titel: Hast du denn kein Vertrauen? Sag's deiner Mutter! Nach diesen Hemmungen folgt natürlich die Beichte — und was für eine Beichte, der Film hat's in sich — die Mutter fällt in Ohnmacht... natürlich, obwohl sie's vorher schon sicher wußte. Was kümmert das den Autor? Aber es war keine richtige Ohnmacht, denn plötzlich steht die Mutter wieder auf und haucht mit dem letzten Feuer der erstarrten Kraft ihrer im Film leider unhörbaren Stimme: „Ach, wenn das der Vater wüßte!“ Aber der Vater erfährt es — natürlich — weil die Mutter nicht einmal für fünf Minuten den Mund halten kann. Und der Vater läßt mit dem letzten Feuer der erstarrten Kraft seiner im Film leider unhörbaren Stimme: „Diese Schande, diese Schande!“ und wirft seine Tochter — natürlich — aus dem Hause.

Warum? Weil sich das im Film so gehört. Das Publikum kann das für kein gutes Geld verlangen.

Schöner, rührender aber wird das Spiel noch, wenn der Vater nach dem Hinanwurf seiner Tochter in Gemütskrämpfe fällt, zufällig — natürlich — nach der Bibel greift und zufällig die Stelle aufschlägt, wo geschrieben steht: Wer unter euch ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein auf sie! — Der Vater kannte die Stelle früher schon, aber was kümmert es die Autoren.

Natürlich eilt der Vater sofort aus dem Hause und ruft nach aller vier Richtungen: Kezre zurück! Kezre zurück!

Aber vergeblich, vergeblich... natürlich... die kreisenden Wafferringe in irgendeinem Dorf, die man mit einem Kinobild gerade noch erkennen kann, reden eine furchtbare Sprache... Zu spät, zu spät — natürlich. — Ach habe es nicht gewollt.

Warum das? Weil sich das im Film so gehört. Das Publikum kann das für kein gutes Geld verlangen.

Und Mia weint und geht „erbaut“ nach Hause. Und alle Mias weinen und gehen erbaut nach Hause.

Denn Mia ist der Typ des „ehrbaren“ deutschen Pensionsmädchens, das jeder Schmarren rührt. Das sich gerne amüsiert. Das gerne ein bißchen kokettiert, das gerne ein bißchen pousiert,

Zum Schluß dankte der Reichskanzler den Vertretern der Länder für die Geschlossenheit, mit der sie sich einstimmig hinter die Reichsregierung gestellt hätten und für die Ruhe und Festigkeit, die sie gegenüber dem uns angehenden Unrecht der Ruhrbesetzung zum Ausdruck gebracht hätten.

(Es ist für die bayerische Regierung kein Kompliment, wenn ihre Erklärung, daß sie hinter der Reichsregierung stehe, besonders erwähnt werden muß. Bei den übrigen Ländern scheint sich das — im Gegensatz zu Bayern — von selber zu verstehen.)

## Dr. Mayers Urlaub.

Der aus Paris abberufene deutsche Botschafter Dr. Mayer hat sich nicht, wie als selbstverständlich angenommen werden mußte, nach Berlin, sondern in seine Heimat begeben. Das Organ der Deutschen Volkspartei, die „Zeit“, wirft am Freitagabend die Frage auf: „Wo ist Botschafter Dr. Mayer?“ und sagt, sie halte die Meldung, er sei nach Bayern auf Urlaub gegangen, „für so unglaublich, daß ein Dementi durch die Reichsregierung notwendig erscheint“. Diese aber sieht sich genötigt, die Reise Mayers nach München zu bestätigen. Während von einer Regierungsstelle behauptet wird, er sei „kränklich“, stellt eine andere fest, daß er sich „wohl fühlt“. Die „Zeit“ richtet ferner an den Reichstagsabgeordneten Dr. Mayer die bescheidene Frage, ob er es für vereinbar mit seiner Pflicht als deutscher Volksvertreter hält, bei der Reichstagsverhandlung am Sonnabend zu fehlen.

## Regierung und Gewerkschaften.

Die vom Reichskanzler angekündigten Besprechungen der Regierung mit den Gewerkschaften zur Abwehr der nahenden neuen Teuerungswelle werden voraussichtlich noch am Sonnabend stattfinden. Unter anderem schon früher von den Gewerkschaften an die Regierung gerichteten und bereits bekannten Forderungen zur Linderung der wirtschaftlichen Notlage wird bei den neuen Verhandlungen von den Gewerkschaftsvertretern besonders die Frage der Stabilisierung der Preise in den Vordergrund der Erörterungen gestellt werden. Ohne die mannigfachen, stellenweise nur schwer anzupackenden Schwierigkeiten dieser Frage zu verkennen, müssen die Gewerkschaften darauf dringen, daß etwas getan wird, um der unvermeidlichen Teuerungswelle zu begegnen.

## Aufruf der Bergarbeiterverbände.

Die freie, die heilige und die Hirsch-Dunker'sche Bergarbeiter-gewerkschaft betonen in ihrem Protestaufruf, daß die land- und betriebsfremden Herren im Gegensatz zu der Ankündigung der Besatzungsmächte nur Schwierigkeiten im Leben des Ruhrgebietes hervorrufen können. Die Verbände erwarten, daß die Besatzungsmächte ihr Versprechen halten und die deutschen Gesetze und den Achtstundentag bestehen lassen; sie mahnen eindringlich zur Ruhe und Besonnenheit. Unbesonnenheiten gegen die Besatzung könnten das Elend nur vergrößern. Der treueste Sachwalter der Arbeiter, ihre erprobte Organisation, werde die Massen auch in der kommenden größten Not nicht verlassen. Der Aufruf schließt: Kameraden! Verhindert Unbesonnenheit jeder Art, ob sie aus unbeherrschtem nationalen Ehrgefühl oder aus sich international gebender Phantastik geboren ist, mehr wie je. Pakt uns in diesen Tagen zusammenstehen als ein einzig Volk von schaffenden Brüdern.

Die Friedensbrecher setzen große Hoffnungen auf die polnischen Bergleute im Ruhrgebiet. Es befinden sich dort etwa 17000 ausländische und 53000 inländische Bergarbeiter, etwa 38000 polnisch sprechende Bergarbeiter und eigentlich nationalpolnische Bergleute nur noch etwa 5000 bis 8000. Die polnischen Bergleute wandern fortwährend ab, und zwar nach Frankreich, Polen und in die Ukraine. Die zurückgebliebenen werden, wenn es darauf ankommen sollte, kaum um den Preis der Verfeindung mit ihren Klassenossen willfährige Werkzeuge des französischen Imperialismus werden.

einem schicken kunstseidenen Jumper und ein elegantes Haarneh trägt — und sich gerne ein bißchen anläßt. Vom Film und von den vornehmen Herren, die man in beliebiger Zahl aus jedem Modejournal ausschneiden kann.

Solange es die Mias gibt, wird es auch den Rißch geben. — So, jetzt fand ich endlich den Mut, das nicht geborene Kind beim Namen zu nennen. — Denn Angebot und Nachfrage stehen in enger Beziehung.

Man entzöhe allen Mias die Keinen, nach Weiden oder Reseda duftenden Tschentüchlein. Dann müssen wir den Schandenvater und den Selbstmordtölpel nicht mehr über die Leinwand flecken sehen.

Eine künstliche Speiseröhre. Der dänische Chirurg Prof. Thornd Rorsing hat kürzlich der Öffentlichkeit interessante Einzelheiten über seine Operation bekanntgegeben, die er im Jahre 1921 ausgeführt hat. Die Patientin war eine vierunddreißigjährige Frau. Infolge von Verwundungen in der Speiseröhre war der Nahrung der natürliche Weg abgeschnitten, so daß die Frau einem qualvollen Hungerleid entgegen sah. Prof. Rorsing entschloß sich infolgedessen zu einer kühnen Operation. Er machte einen Einschnitt in die Brust, schlug die beiden Lungen der durchgeschnittenen Haut zurück, um sie nach Einlegung eines Gummischlauches wieder durch eine Naht zu vereinigen. Durch spätere Operationen wurde dann dieser natürliche Hautschlauch am oberen Ende mit der Speiseröhre verbunden, während der untere Teil mit dem Magen verbunden wurde. Dadurch wurde ein durchgehender Kanal gebildet, der die Speise durch den Mund erst durch den Anfang der natürlichen Speiseröhre und von da durch den Gummischlauch in den Magen beförderte. Die verschiedenen Operationen nahmen insgesamt eine Zeit von sechs Monaten in Anspruch. Die Patientin konnte dann aus dem Krankenhaus entlassen werden und geht seitdem wieder ihren Geschäften nach, die es ihr ermöglichen, ihre fünf Kinder zu ernähren.

Ein Archiv für Kinematographie. Die Deutsche Filmschule bezieht jetzt ein Archiv für Kinematographie. Die Aufgabe dieser einzigen öffentlichen Stelle im deutschen Filmwesen ist es, alles nur irgendwie erreichbare Material über Kinematographie zu sammeln und sachkundig zu verarbeiten. Neben einer einschlägigen Bibliothek wird u. a. auch ein statistisch wissenschaftliches Archiv unterhalten, in dem alles Zahlenmaterial und alle Filminformationen gesammelt und auf Grund einer sorgfältig angelegten Kartei bearbeitet wird. Die Deutsche Filmschule hat die Ausbildung von Kinotechnikern und Filmdarstellern sich zur Aufgabe gesetzt und darf natürlich nicht mit den üblichen, auf Spekulation berechneten Filminstituten verwechselt werden. Das Filmarchiv dient direkt der Filmbildung, indem es alle Materialien, die durch den Verkehr mit Volks- und Interessengerechten, mit Behörden, Schulen und Instituten erforderlich werden, zur Verfügung stellt. Der Leiter des Archivs, Dr. Rier, fördert das Interesse der Wissenschaft für die Kinematographie durch regelmäßigen Verkehr mit Hochschulen und Fachlehranstalten, eine wissenschaftliche Filmzeitschrift unterhält; ihn in dieser Absicht. Die Pflege der Beziehungen zum Ausland und die Förderung der Schul- und Unterrichtsinematographie ist weiter eine der wichtigsten Aufgaben des deutschen Filmarchivs.

(BE.) Wie aus Essen gemeldet wird, befinden sich unter den im Ruhrgebiet eingetroffenen französischen Ingenieuren auch eine Anzahl von Polen, die in französische Dienste getreten sind.

Bochum, 12. Januar. (Eig. Drahtber.) Wie gestern in Duisburg, so sollten heute in Essen auf Befehl des Kommandierenden die führenden Persönlichkeiten und Zehndirektoren antworten. Aber weder Stinnes noch Kirdorf, noch irgend ein anderer maßgebender Industrieller waren erschienen. Sie hatten lediglich Vertreter entsandt. Kein Wort wurde darüber verloren, daß das Kohlenprodukt sich gar nicht mehr in Essen befindet. Im übrigen erhielt der Regierungspräsident den Befehl, für Kohle zu sorgen. Regierungspräsident Genosse Grüner lehnte dieses Ansuchen ab, da er u. a. keine geeigneten Mittel habe, die in Frage kommenden industriellen Stellen zur Durchführung der Verordnungen zu veranlassen und die Instanzen der Industrie nur bitten könnte. Gleichzeitig erklärte er im Namen der Behörden, daß diese durch gesetzliche Bestimmungen verhindert seien, an der Kontrolle der Kohlenverteilung mitzuwirken. Die Befragung sollte sich deshalb nicht mehr an lokale Behörden, sondern an die höheren Regierungsbehörden wenden. Zum Schluß gab der General die Erklärung ab, daß die behördlichen Anordnungen im besetzten Gebiet in Zukunft nicht mehr, wie bisher, von Berlin, sondern nur von den Befehlstruppen entgegenzunehmen wären.

## Verbotene Trauer.

Duisburg, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die belgische Besatzungsbehörde hat die von der preussischen Regierung für Sonntag angelegte Trauerfeier bei Strafe verboten. Jedem Schuldirektor, der eine Feler veranstaltet, wird Strafe angehängt. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragte den Oberbürgermeister, an die Befehlshaber eine Beschwerde über die Behandlung der Bevölkerung, über die kulturwidrige Beziehung der Schulen zu richten. Genosse Müller betonte für die sozialdemokratische Fraktion, daß sie in der Besetzung des Ruhrgebietes einen ungeheuerlichen Gewaltakt erblickt, der nie mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten gerechtfertigt werden könne, sondern lediglich an nationalistischen Bestrebungen anknüpfe. Trotz der Brutalität werde die deutsche Arbeiterchaft an der Einheit des Reiches und an der Republik ständig festhalten. Jeden Zwang, von welcher Seite er auch kommen werde, lehnte Müller namens der Fraktion ab.

Essen, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In dem Hauptkreuzungspunkt Essens, vor dem Hauptbahnhof, ließ die Besatzungsbehörde die Straßenbahnhaltestelle entfernen. Die Befragung hat die Haupteingänge des Hauptbahnhofes geschlossen, so daß sich der Hauptverkehr über einen Nebeneingang des Bahnhofes abspielen muß.

In Hamburg hat man angeordnet, daß sämtliche politische Versammlungen zunächst bei der ordentlichen Polizei, dann bei der Besatzung angemeldet werden, und die endgültige Genehmigung für die Abhaltung in Duisburg bei dem Oberkommandierenden eingeholt werden muß.

Speyer, 12. Januar. Der französische Provinzdelegierte in Speyer hat für den Nationalruverrat jede Besatzung in der Pfalz verboten.

## Rückwirkungen der Ruhrbesetzung.

London, 12. Januar. (Eoa.) Für die englische Industrie machen sich ganz eigenartige Rückwirkungen der Besetzung des Ruhrgebietes bemerkbar. In den englischen Zentren der Kohlenausfuhr häufen sich die französischen Aufträge auf englische Kohle. Man glaubt hieraus schließen zu können, daß die französischen Industriellen kein großes Vertrauen zu dem Erfolg der Ruhrbesetzung in bezug auf die Kohlenausbeute haben. Man ist jedoch der Meinung, daß es kaum möglich sein wird, die umfangreichen französischen Bestellungen auszuführen. Bekanntlich arbeiten die englischen Grubenarbeiter jetzt nur 7 Stunden täglich und es würde zum mindesten notwendig sein, den Achtstundentag wieder einzuführen, um der gesteigerten Nachfrage zu genügen. Außerdem fürchtet man, daß die großen Bestellungen die Kohlenpreise derartig in die Höhe treiben werden, daß ein Rückschlag für die englische Industrie nicht ausbleiben könnte. Der Versuch, einen größeren Teil der französischen Aufträge auszuführen, würde voraussichtlich nicht nur die englische Industrie, sondern auch den englischen Hausbedarf stark in Mitleidenchaft ziehen.

Der „Nationalverband deutscher Soldaten“ ist durch Verfügung des preussischen Ministers des Innern Genossen Severing aufgelöst worden.

## Der Schieber zur Situation:

Deutschland in Not? Was heißt? Wie?

Wir kaufen Sekt, wir kaufen Bordeaux!

Hä? Deutschland hat kein Essen mehr?

Uns ist die Tafel gedeckt, aber sehr!

Und wenn sie mit mangelndem Hausbrand auch schreien:

Wir haben Bewegung, wir hamstern Effekten!

Wir irrteln kühl über Poincaré —

Ein Schieber tut doch dem andern nicht weh!

Und wenn auch: wir kennen die Situation

Durch Anno 16 und 17 schon!

Der große Trost ist uns geblieben:

Wir haben geschoben und werden schieben!

Ihr sprecht, über Deutschland bricht Elend herein —

Gott ja, gewiß, es kann schon sein!

Was kümmert's uns, wenn man so spricht,

Denn Deutschland — das sind wir doch nicht!

Das Ende des chinesischen Mandarins. Nach dem Jopf und den verstrickten Frauensüßen hat die chinesische Regierung jetzt auch mit den Mandarinen ausgeräumt, jenen allgewaltigen Staatswürendenträgern, deren Namensbezeichnung die Portugiesen in die europäische Literatur eingeführt haben. Der Mandarin in der von zwei Sonnenschirmen begleiteten Sänfte, mit seinem tosarähnlichen, prunkhaft geschmückten langen Gewand, den bis zum Anie reichenden, seidenen Stiefeln und der Kette, die bis zum Gürtel herabsiel, mit der spitze zulaufenden, von einem Kristallknopf getränten Kopfbedeckung, der je nach seinem Grad von weißer oder roter oder blauer Farbe war, und der Schildpattdrille war eine Persönlichkeit von grenzenloser Macht. Er war Richter und Vetter des Strafvollzugs zugleich, er erhob die Steuern und vergab die öffentlichen Arbeiten, und er war daneben Polizeimeister und Befehlshaber der Truppenmacht; kurz, er herrschte über alle und alles, mit der Willkür eines Despoten. Das schlimmste aber war, daß der Mandarin gewöhnlich auch ein gewissenhafter Gauer war. Er irte besonders mit der Befragung von Leuten einen Handel, der ihn in wenigen Jahren zum reichen Ranne machte. Heute tragen auch die Staatswürendenträger der Republik eine militärische Uniform oder das schlichte Bürgerkleid nach europäischem Vorbild, und damit haben sie ihren Nimbus zum größten Teil eingebüßt.

Selbst noch. Prof. Brunner hat es erreicht, daß durch Verfügung des Regierungspräsidenten von Wiesbaden die Verordnung des Polizeipräsidenten von Frankfurt a. M., auf Grund deren Brunners „Deutsche Laien“ auf eine Schandliste gesetzt waren, außer Kraft gesetzt wurde. Er will jetzt den Polizeipräsidenten von Frankfurt a. M. und den Sachverständigen Wilhelm Frohnmann wegen Verleumdung verklagen. — Das kann ja nett werden.

Die Gutenberg-Buchhandlung, Tantenstraße 5, eröffnet heute eine Aquarellausstellung von Erich Wastl.

## Die Kundgebungen am Sonntag.

Berlin, 12. Januar. (WZB.) Der Amtliche Preussische Presse- dienst teilt mit: Der Polizeipräsident von Berlin, der erst durch Pressenachrichten von der geplanten Kundgebung Kenntnis erhalten hat, hatte der von einer Reihe politischer Parteien auf Sonntag in den Lustgarten einberufenen Massenversammlung seine Genehmigung versagt, weil die seit dem 20. November v. J. bestehende Verordnung Umzüge und Demonstrationen unter freiem Himmel untersagte und eine Aufhebung der Verordnung gerade für eine Lustgarten-Versammlung bei den ungünstigen polizei- und versammlungstechnischen Voraussetzungen dieses Platzes nicht tragbar erschien. Inzwischen haben Besprechungen der Beteiligten zu folgendem Ergebnis geführt:

Auf Vorschlag des Berliner Polizeipräsidenten Richter wird die Kundgebung nicht im Lustgarten, sondern auf dem Königsplatz vor dem Reichstage stattfinden. Bei einer Abhaltung der Versammlung im Lustgarten und dem Zusammenströmen von Hunderttausenden in der inneren Stadt wäre es so gut wie unmöglich gewesen, Zwischenfällen und Ruhestörungen, die zu sehr unliebsamen Folgen hätten führen müssen, durch die Polizei in allen Fällen vorzubeugen. Der Königsplatz dagegen ist vor allem verkehrstechnisch für derartige Versammlungen ungünstig günstiger gelegen. Er bietet der Polizei die notwendigen Überwachungsbedingungen und läßt auch mit seinen breiten Zufahrtsstraßen die Menschenmengen, insbesondere nach dem Festen, mühelos abströmen. Nachdem die politischen Parteien sich hiermit einverstanden erklärt hatten, bemühte sich der Minister des Innern Severing um die Herbeiführung der erforderlichen Genehmigung des Reichstagspräsidenten und der Reichsregierung. Insbesondere handelte es sich dabei um die Erteilung der Genehmigung, die im Wortlaut des Reichsgesetzes über die Sannmeile vorgelesen ist. Diese Genehmigung ist erteilt worden, so daß nunmehr die Versammlung auf dem Königsplatz stattfindet.

Während des Vormittags bleibt bis nach erfolgtem Abströmen der Versammlungsteilnehmer das Brandenburger Tor für jeden Verkehr gesperrt. Die übrigen Absperrungsmaßnahmen werden vom Polizeipräsidenten noch bekanntgegeben.

## Haltlose Verdächtigungen.

Verschiedene reaktionäre Blätter — „Deutsche Tageszeitung“, „Kreuzzeitung“ und „Tag“ — haben gestern abend wüste Angriffe auf den Polizeipräsidenten Genossen Richter veröffentlicht und zum Teil sogar dessen Absetzung verlangt. Richter wird darin beschuldigt, das Verbot der Protestkundgebung im Lustgarten im Interesse der Sozialdemokratischen Partei erlassen zu haben, weil diese zu geforderten Kundgebungen aufgefordert habe. Gegenüber diesen Verdächtigungen genügt es, auf folgenden klaren Tatbestand hinzuweisen:

Die erste Stelle, die überhaupt an den Polizeipräsidenten mit der Anfrage herantrat, ob eine Aufhebung des Verbotes vom 20. November 1922 für eine Protestkundgebung im Lustgarten von ihm erwartet werden könnte, war die Sozialdemokratische Partei! Und zwar geschah dies am Donnerstagnachmittag, kurz nach 2 Uhr, durch einen telefonischen Anruf der „Vorwärts“-Redaktion im Auftrage des Vorsitzenden der Bezirksorganisation Berlin der SPD, Schlegel. Die Antwort des Genossen Richter auf diese Anfrage lautete abschlägig und wurde mit polizeiwissenschaftlichen Schwierigkeiten begründet.

Die bürgerlichen Parteien sind überhaupt nicht an dem Polizeipräsidenten herangetreten, so daß er die Einberufung ihrer Protestkundgebung im Lustgarten erst aus den Freitag-Morgenblättern erfahren hat. Die gleichen Gründe, die ihn zu der ersten negativen Antwort veranlaßt hatten, mußten dieser Veranstaltung gegenüber um so mehr Geltung haben, als es sich bei den Letzteren nicht um eine festgesetzte Organisation handelt. Das ergibt schon die Unterlassung jeglicher Fühlungnahme mit der für die Ruhe und Ordnung der Reichshauptstadt verantwortlichen Behörde.

Im übrigen ist der Zwischenfall gerade durch die Anweisung Richters beigelegt worden, die Reichsregierung um Freigabe des Königsplatzes zu ersuchen.

Die Berliner Bühnen am Trauer-Sonntag. Vom Verband Berliner Bühnenleiter wird uns geschrieben: Da der kommende Sonntag auf Grund der Verordnung der Staatsregierung als Trauer-Sonntag begangen werden soll, haben die Berliner Bühnen, soweit sie in der Lage dazu waren, ihr bereits angekündigtes Repertoire abgeändert und dem Ernst des Tages angepaßt. Eine Reihe von Serien-Theatern, insbesondere die Berliner Operetten-Theater, sind zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, infolge der Kürze der Zeit, andere als die angekündigten Stücke auszuführen. Aber auch wegen der hohen pekuniären Verpflichtungen sind sie außerstande, ihre Theater Sonntag zu schließen. An diesen Bühnen werden aber vor Beginn der Vorstellungen erste Feiern stattfinden, die dem Charakter des Tages Rechnung tragen.

In der Großen Volksoper fällt die für Sonntagvormittag angelegte Tanzmatinee von Lucy Nieselhausen aus.

Ein Indianermuseum. In New York (Broadway, 155th Street) hat ein Großkaufmann George B. Hege mit Unterstützung anderer Kapitalisten ein Museum ins Leben gerufen, das alles sammeln soll, was sich auf das Leben und die Geschichte der Indianer bezieht. Man hofft dadurch endlich im Laufe der Zeit zur Beantwortung der Frage zu kommen, woher die Ureinwohner Amerikas eigentlich stammen, ob sie in Urzeiten über die Meere oder aus Polynesien oder gar aus Europa nach Amerika herübergekommen sind, oder ob man die Urheimat in irgendwelchen inzwischen verlustenen Festländern suchen soll. Das Museum hat vier Stockwerke und gliedert sich in eine Schausammlung und eine Abteilung für die Forschung. Die Einrichtungen sind sehr neuartig und praktisch. So hat man zahlreiche Schränke und Schränke, die das besuchende Publikum nach Belieben herausziehen kann, um die dort unter Glas angebrachten kleineren Gegenstände zu betrachten. Einsteigen ist ja die Hauptfrage, auf die es Mr. Hege ankommt, noch nicht gelöst, aber das Museum hat sich bereits in anderer Weise nützlich gemacht. Die indianischen Textilmuster haben modernen Musterzeichnern schon mehrfach schätzenswerte Anregung gegeben, und ebenso finden die Töpfereien, Flechtarbeiten, Schmuckereien und andere Erzeugnisse des indianischen Hausfleißes bei der Industrie, die originelle Vorbilder sucht, freudige Beachtung.

Berliner Zirkus-Orchester. An dem Sonntag-Konzert am 14. abends 8 Uhr im Waldoper-Saal mit Elisabeth Bischoff (Violine) als Solistin mit. Dirigent: Camilla Hilbrand.

Der Fall der Filmindustrie findet am Sonnabend, den 20. d. M., in den gelassenen Räumen des Zoologischen Gartens statt. Einleitend sind in den bekannten Verkaufsstellen sowie im Klub der Filmindustrie, Friedrichstr. 23, zu haben.

Ein Fortschrittsinstitut für Eisenverhüttung und Hochleistungsmetalle in Düsseldorf eröffnet worden. Seine Aufgabe ist die Erörterung der gesamten Fragen der Eisenindustrie und ihre Aufklärung für das Bauwesen. Das Institut soll besonders neben dem bereits bestehenden Fortschrittsinstitut die bisherige Fortschritte und Erfolge der Hüttenindustrie verbreitern und die wissenschaftliche Erkenntnis von den bedeutendsten Eigenschaften der Hochleistungsmetalle fördern.

Wohnungsmaßnahmen staatlicher Grundstücke. Das sächsische Gesamtwirtschaftsamt hat beschloffen, in Zukunft Wohnungsmaßnahmen staatlicher oder unter staatlicher Verwaltung stehender Grundstücke nur mit Genehmigung des zuständigen Ministeriums und gegen Entrichtung einer angemessenen Gebühr zu gestatten.

# Ausland und Ruhrbesetzung.

Hast die gesamte Pariser Presse bezeichnet die vorgestrichene Kammerführung als eine eindrucksvolle Kundgebung und äußert ihre höchste Zufriedenheit mit der Rede Poincarés. Die wenigen kritischen bürgerlichen Stimmen sind in der „Deure“ und in der „Cre Nouvelle“ zu finden. Während die „Deure“ bei der Kammer Resolution feststellt und jede Ruhe vermisst, durch die man gewohnt sei, sein Vertrauen kundzugeben, äußert sich die „Cre Nouvelle“ sehr kritisch:

Sie schreibt, das Zugeständnis des Ministerpräsidenten, daß man sich auf nicht beträchtliche Geldeingänge gefaßt zu machen habe, werde auf alle Werbungsstrategen wie eine kalte Dusche wirken. Also, ruft das Blatt aus, haben wir unsere Allianz mit England gebrochen, die amerikanischen Sympathien verschärzt, das Vertrauen gegen uns in Europa vergrößert, die Möglichkeit einer internationalen Anleihe und die Befreiung von unseren Schulden gegenüber unseren Verbündeten in Frage gestellt für ein — blindes Vorgehen. Wer kann sich also wundern, daß Sozialisten und Radikale die Verantwortung für ein derartiges Abenteuer ablehnen?

Indessen wird jetzt bekannt, daß ungefähr die Hälfte der radikalen Kammerfraktion Poincaré das Vertrauen ausgesprochen hat, desgleichen Briand, Loucheur, Forgeot, sowie sämtliche Anhänger Clemenceau.

Für die englische Auffassung ist ein offenbar von der Regierung inspirierter Artikel der „Times“ von Bedeutung, in dem es heißt:

Es sei zu hoffen, daß Deutschland nicht die Gefahr vermehren und die Hoffnung auf Wiederherstellung nicht durch eine törichte Aktion seinerseits abschneiden werde. Alles, was Deutschland tun werde, um eine Verschärfung des militärischen Charakters der französischen Unternehmung herauszufordern, würde Torheit sein. Einige deutsche Parteien fordern bereits die vollständige Verwerfung des Versailler Vertrages. Eine solche Maßnahme würde verhängnisvoll auf Deutschland selbst zurückwirken. Die Tatsache, daß England den Methoden entgegen sei, mit denen Frankreich seine Ansprüche geltend mache, bedeute bestimmt nicht, daß England auf seine Forderungen an Deutschland verzichte oder daß es bereit sei, bei Frankreich für Deutschland zu intervenieren. Die Aussichten des britischen Planes für die Lösung des Reparationsproblems seien gefährdet durch die von Frankreich unternommene Aktion, aber dieser Plan stelle immer noch eine wohlverwogene praktische Ansicht über das Problem dar. Es sei nichts in der britischen Haltung, was Deutschland ermutigen könne, bei seinem Widerstand gegen den französischen Zwang zu rückwärtigen Extremen überzugehen. Es sei sicher die erste Pflicht der deutschen Regierung, im Interesse des eigenen Volkes Vorsicht und Zurückhaltung zu üben. Es sei erfreulich, daß die Zurückziehung des deutschen Botschafters aus Paris nicht als Abbruch der diplomatischen Beziehungen anzusehen sei. Unter den gegenwärtigen Umständen sei es eine mildere Form des Protestes. Die Deutschen würden gut tun, die Frage nicht zu komplizieren.

Die „Washington Post“, die allgemein als das Sprachrohr der Regierung angesehen wird, erklärt in einem Leitartikel, daß eine Revision des Friedensvertrages notwendig sei, wenn in Europa Frieden werden sollte.

Der Aufsatz charakterisiert den französischen Einmarsch in das Ruhrgebiet als einen großen Fehler, dessen Folgen sich wahrscheinlich für Frankreich als schädlicher denn für Deutschland erweisen würden, und fordert die Einberufung einer zweiten Friedenskonferenz, die den Friedensvertrag revidieren solle, wobei die Vereinigten Staaten unter der Bedingung teilnehmen würden, daß eine klare Verständigung mit den Mächten über Natur und Ziel der Revision stattfindet.

## Die Reparationskommission.

Heute wichtige Beratung.

Paris, 12. Januar. (WZB.) Havas berichtet, die Tagesordnung der außerordentlichen Sitzung, die die Reparationskommission morgen vormittag 10 1/2 Uhr an Stelle der ursprünglich für Freitag nachmittag angelegten Sitzung abhalten werde, umfasse die Prüfung einer französischen Note über die deutsche Kapitalflucht und des Memorandums der zuständigen Abteilung der Reparationskommission, betreffend die Mängel gewisser Aufbauorganisationen. Außerdem werde die Erörterung des deutschen Moratoriumsgesuches für 1923 im Laufe dieser Sitzung wenigstens beginnen, und, wenn am Vormittag keine Entscheidung zustandekomme, würden weitere Sitzungen am Nachmittag und vielleicht auch am Sonntag vormittag folgen. Die Kommission müsse ja bis zum 15. Januar eine Entscheidung treffen und Deutschland notifizieren. Die Reparationskommission würde also morgen offiziell mit dem von den technischen Abteilungen der französischen Delegation aufgestellten Plan befaßt werden. Dieser bewillige Deutschland ein Moratorium von einem Jahre, stelle jedoch Bedingungen. Selbstverständlich verfolge dieses Programm denselben Zweck wie das Projekt, das Poincaré der Pariser Kommission vorgelegt habe, weist ihm gegenüber aber erhebliche Unterschiede auf. Die Vorschläge der französischen Regierung vom 2. Januar hätten eine umfassende, endgültige Regelung der Reparationsfrage im Zusammenwirken mit sämtlichen Alliierten zum Ziele gehabt und seien infolgedessen sehr umfangreich gewesen. Während die Vorschläge der französischen Delegation nur die Garantien eines einjährigen Moratoriums festzusehen beabsichtigen und deshalb natürlich weniger ausgiebig seien, Richtbestimmungen müßten sie die Maßnahmen zum Zwecke der Marktstabilisierung und der deutschen Finanzkontrolle, sowie, für den Fall, daß Deutschland im Laufe des Moratoriums seine Verpflichtungen nicht erfülle, auch die Beschlagnahme der Pfänder in Betracht ziehen.

## Der Verfallstag verschoben.

Paris, 12. Januar. Mitternacht. (TU.) Am den deutschen Zahlungsplan prüfen und beantworten zu können, soll der Verfallstag vom 15. auf den 31. Januar verschoben werden.

## Was geht in Bayern vor?

„Vor einer nationalen Bewegung“. — Sozialdemokraten werden verhaftet.

In München entwickeln sich immer eigenartigere Zustände. Es hat bereits peinlichstes Aufsehen erregt, daß Herr v. Aniling gemeinsam mit dem nationalsozialistischen Heilapostel Hitler zu reden für möglich hielt. In welcher Weise die Nationalsozialisten angesichts der schweren auswärtigen Lage schamlose Verheerung betreiben, haben wir berichtet. Jetzt liegen wieder Meldungen vor, deren bloße Gegenüberstellung so sehr den bayerischen Skandal beleuchtet, daß sich jeder Kommentar erübrigt. Wir sind gespannt, ob die Reichsregierung diese unhaltbaren Zustände auf der Ministerpräsidentenkonferenz zur Sprache

Aus den neutralen Ländern liegen außer den sozialistischen Stimmen, die restlos das französische Vorgehen verurteilen, fast ausschließlich Äußerungen des schärfsten Protestes gegen die Gewaltpolitik Poincarés vor.

Im deutsch-österreichischen Nationalrat kam es nach einer Rede des Präsidenten Weizsäcker zu einer warmen Sympathiekundgebung für das Deutsche Reich.

## Die belgische Partei gegen die Ruhrbesetzung.

Brüssel, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalrat (Parteilandschaft, Red. d. „B.“) der Belgischen Arbeiterpartei war am Donnerstag einberufen worden, um zur Besetzung des Ruhrgebiets Stellung zu nehmen. Er hielt zwei Sitzungen am Donnerstag und eine am Freitagvormittag ab, in denen die zur Tagesordnung stehende Frage Gegenstand einer großzügigen Debatte war, die sich im Geiste vollster Kameradschaftlichkeit abwickelte. Schließlich wurde folgende von Vandervelde, De Broekere, Mertens, van Roosbroeck und Wanters eingebrachte Resolution einstimmig angenommen. Nur bezüglich des letzten Absatzes machte Jules Desfrés einige Vorbehalte, so daß dieser Absatz mit allen gegen drei Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen wurde. Die Resolution lautet:

Der Generalrat bestätigt seinen am 5. Dezember 1922 einstimmig gefaßten Beschluß gegen jede Erweiterung der militärischen Okkupationen, die den Keim unvermeidlicher Konflikte in sich trägt.

In der Erwägung,

a) daß es gerecht und notwendig ist, daß Deutschland die von ihm verursachten Schäden wiedergutmache,

b) daß die geplanten militärischen Okkupationen in wirtschaftlicher Hinsicht nur unheilvolle Folgen haben können und unvermeidlich die Wirkung auslösen werden, jene Gegenstände auf das höchste zu steigern, die der Herstellung eines wirklichen Friedens im Wege stehen,

c) daß die einzige Politik, die geeignet ist, den verwüsteten Gebieten wirksame Wiedergutmachungen zu sichern, diejenige ist, die durch die Beschlüsse der Sozialistischen Konferenz in Frankfurt a. M. sowie durch den Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Haag gefordert worden ist,

bedauert der Generalrat, daß die Regierungen nicht auf den Schiedspruch des Völkerbundes zurückgegriffen haben, um gleichzeitig die interalliierten Schulden zu regeln, die deutsche Reparationslast endgültig zu bestimmen, deren Zahlungsmodalitäten und Garantien festzulegen sowie die im Falle einer Nichtausführung dieser Schiedsprüche unerlässlichen Sanktionen.

Der Generalrat rechnet auf die Energie der deutschen Arbeiterklasse, um, Hand in Hand mit dem internationalen Proletariat, den Sieg dieser gerechten und friedlichen Lösungen zu sichern.

Der Generalrat erneuert seinen Protest gegen die Politik des Zwanges und der Gewalt, deren praktische Zwecklosigkeit seit vier Jahren durch die Tatsachen im vollsten Maße erwiesen worden ist und die zwischen den Völkern neuen Geist des Mißtrauens und des Hasses schüten, der den Keim neuer Kriege enthält.

Stockholm, 11. Januar. (WZB.) „Sozialdemokraten“ hält an seinem Standpunkt fest, daß es das Recht und die Pflicht der Neutralen sei, die Angelegenheit vor das Forum des Völkerbundes zu bringen.

gebracht hat. Sie illustrieren auch sehr gut die immer wiederholten Forderungen der Reichsregierung nach Herstellung einer Einheitsfront. Offenbar Einheitsfront nach Herstellung aller Sozialisten. So scheint wenigstens die bayerische Lesart zu sein, die aus den vorliegenden Meldungen spricht.

München, 12. Januar. (WZB.) Landesausschuß und Landtagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Bayerns erlassen einen Aufruf an das wertvolle Volk, der sich aufs schärfste gegen den Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet wendet, der nur den völligen Ruin Deutschlands herbeiführen solle. In dem Aufruf heißt es weiter: Mit ungenügender Anteilnahme gedenken wir in dieser Stunde unserer Volksgenossen in den besetzten Gebieten. Wir haben die Gewißheit, daß sie allen Versicherungen, Versprechungen, Lockungen oder Gewaltmitteln der französischen Imperialisten gegenüber ebenso standhalten werden, wie die Bevölkerung in den bisher besetzten Gebieten in so wahrhaft bewundernswürdiger Weise es getan hat. Nicht zuletzt denken wir dabei an unsere wackeren Pfälzer Genossen. Nehmt unseren Dank und treuen Gruß! Zum Schluß wird versichert, daß Bayern mit der deutschen Republik steht und fällt. Es wird zu mächtigen Kundgebungen gegen diese Vergewaltigung und gegen den Völkerverrat seitens der sozialdemokratischen Organisationen aufgerufen.

Die „Münchener Post“ meldet hierzu, daß eine Reihe von Parteimitgliedern, die zum Schutze der Paläste für die heute angekündigten Versammlungen aufgeboten waren, von der Polizei verhaftet worden sei. Ueber diese Verhaftungen wird ein amtlicher Bericht im Laufe des Tages ausgegeben werden.

## Nationalisten veranlassen Madan.

München, 12. Januar. (WZB.) In der vergangenen Nacht kam es in verschiedenen Stadtteilen zu Zusammenrottungen, die bezweckten, Geschäfte und Hotels nach etwa dort anwesenden Ausländern zu durchsuchen. Zu Zwischenfällen ist es dank den getroffenen Vorkehrungsmaßnahmen nirgends gekommen. Wie von zuständigen Stellen weiter mitgeteilt wird, wollte eine größere Menschenmenge vor das Hotel Bier Jahreszeiten ziehen, in dem die Entente-Kommission untergebracht ist. Vor den Fenstern der Kommission sollten patriotische Lieder gesungen werden. Von einem in der Maximilianstraße bereisenden Polizeiaufgebot wurde die Menge abgedrängt und an Demonstrationen vor dem Hotel verhindert.

## Französische Journalisten und Reichstag.

Der Vorkommnisse beschäftigte sich mit der Frage der Zulassung französischer Journalisten zum Reichstag. In Paris werden die deutschen Journalisten nicht zum Kammergebäude zugelassen.

Der Berliner Verein der Parlamentarier-Journalisten hat bereits verschiedentlich in Paris versucht, eine Gleichberechtigung der deutschen Journalisten mit den französischen durchzusetzen, aber keinen Erfolg erreichen können. In einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten hat er nunmehr gebeten, die französischen Journalisten im Reichstag nicht besser zu stellen als die deutschen in Paris. Nach keinem Wunsch soll fortan kein französischer Journalist mehr den Reichstag betreten, mit Ausnahme des Vertreters des amtlichen französischen Depeschensbüros, ihm soll aber, ebenso wie dem Vertreter des WZB. in Paris, der Zutritt zur Journalistentribüne unterlagert werden. — Der Vorkommnisse kam in dieser Angelegenheit noch nicht zu einer Entscheidung. Vorläufig bleiben aber die von den französischen Journalisten in Berlin beantragten Einlasskarten zum Reichstag suspendiert, bis der Vorkommnisse die Sache endgültig geregelt hat.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Kommunisten unter sich.

Ein günstiger Wind weht uns die Abschrift des Protokolls der Sitzung der Industriegruppenleiter, Bezirks-Fraktionsobleute der Mitglieder der roten Kartelle und des Zentralvorstandes der KPD. Berlin-Brandenburg zu, die am 4. Dezember in den Sophien-Sälen stattgefunden hat. Trotz des großen Kreises, auf den sich die Teilnehmerzahl dieser Sitzung erstreckte, waren im ganzen nur 70 Personen anwesend. Auf der Tagesordnung stand: Der Stand der Fraktionsarbeit in den Berliner Gewerkschaften. Referent war Meißner. Hier das Verhandlungsprotokoll:

Meißner: Der Stand der Fraktionsarbeit ist im allgemeinen befriedigend für die kurze Zeit der positiven Arbeit. Die Einfindung der Verbandspreise läßt noch viel zu wünschen übrig, ebenso die Bekanntgabe der jeweiligen Lohnsätze in den einzelnen Branchen. Diese werden unbedingt gebraucht, um durch Veröffentlichungen in der „Roten Fahne“ die einzelnen Kategorien zum Kampfe zu bringen. In folgenden Verbänden sind noch keine Fraktionen vorhanden, ja es bestehen nicht einmal Verbindungen: Freie Berufe, Werkmeister, Polierer, Porzellanarbeiter, Schornsteinfeger, Steinseher, Friseur, Musiker. Hier müssen zum mindesten Verbindungen geschaffen werden. Im Holzarbeiter-, Fabrikarbeiter-, Metallarbeiter-, Bekleidungsarbeiter- und im Glasarbeiterverband sind starke Fraktionen vorhanden, die aber noch systematischer arbeiten müssen. Im Bau- und Eisenbahnerverband ist die Spaltung spruchreif und hier muß doppelt vorsichtig gearbeitet werden, um die Spaltung der Amsterdamer zu verhindern oder doch abzuwehren. Diese Fraktionen arbeiten sehr gut. In der Berliner Gewerkschaftskommission ist die Fraktion etwa 20 Personen stark, es sind aber sicher noch mehr vorhanden. In der freigewerkschaftlichen Betriebsratbewegung sind die KPD-Mitglieder einschlaggebend. Die Funktionäre der Partei, die verantwortungsvollen Funktionen in den Berliner Gewerkschaften besitzen und keine praktische Arbeit leisten, werden in Zukunft vor die Zentrale geladen werden und, wenn sie nicht arbeiten wollen, aus der Partei ausgeschlossen werden.

Steinfurt von den Eisenbahnern erklärt, daß sie versuchen werden, die Spaltung abzuwenden. Wo es aber nicht mehr aufzuhalten ist, werden sie im revolutionären Sinne die Eisenbahner zusammenfassen in einem Verbande der ausgeschlossenen Eisenbahner und diese trotzdem zum Kampfe führen.

Kaiser von den Bauarbeitern erklärt dasselbe. Auch sie versuchen, die Einheit des Bauarbeiterverbandes gegen den Willen Paplows zu führen und führen deshalb einen schweren Kampf.

Weißer von der Union spricht den Vorrednern die Erreichung ihres Zieles, die Spaltung der Gewerkschaften zu verhindern, ab. Auch sie werden noch zu der Ueberzeugung kommen, daß die Union recht behält. Wenn die Delegierten vom Weltkongress zurückkommen, muß eine Versammlung sämtlicher Gewerkschaftsfunktionäre stattfinden, in der diese Fragen nach den Beschüssen, die dort gefaßt werden, geklärt sind.

Jäger, Boback und Meißner schließen sich dem an und fordern nochmals zur positiven Arbeit auf; dann muß es gelingen, die Gewerkschaften von innen heraus zu erobern.

Gohlke spricht dann über die Notwendigkeit der Beitrags-erhöhung. Bei der Reichszentrale hat die Berliner Organisation eine Million 200 000 M. Schulden, die unbedingt gedeckt werden müssen. Es sind nicht einmal die Pflichtbeiträge an die Reichszentrale abgeführt worden. Die Angestellten haben für den Monat November nur einen Teil des Gehaltes erhalten. Er bitte, für Januar den Beitrag auf 70 M. pro Woche festzusetzen. Deutschmann und Weißer sowie Lindig sprechen dafür und wird dementsprechend beschlossen.

An diesen Ausführungen ist bemerkenswert, daß, wie der Referent ausführte, im Bau- und Eisenbahnerverband die Spaltung spruchreif ist und daß hier doppelt vorsichtig gearbeitet werden muß. Nicht minder bemerkenswert als dieses Eingeständnis der Spaltungsarbeit der Kommunisten ist der Hinweis auf die Gewerkschaften, wo bislang noch keine kommunistischen Spaltungsgruppen bestehen und die Aufforderung, solche zu gründen. Das hindert die Kommunisten selbstverständlich nicht, dann öffentlich die Gewerkschaften und deren Führer anzuklagen, daß sie es seien, die auf die Spaltung hinarbeiteten. Wir glauben, daß jeder weitere Kommentar überflüssig ist und daß die Arbeiter selbst aus diesen kommunistischen Geständnissen die nötigen Schlüsse ziehen werden. Nicht minder charakteristisch ist es, daß die Kommunisten die Spaltung gerade in den Gewerkschaften mit der größten Anstrengung betreiben, die im schärfsten Kampfe stehen. Man braucht sich nur zu fragen, wer aus dieser Spaltungsarbeit der Kommunisten Nutzen ziehen kann, um zu wissen, in wessen Interesse diese arbeiten.

Daß es vereinzelte kommunistische Funktionäre gibt oder gegeben hat, die die Interessen der Arbeiterschaft nicht den Parolen der KPD zu opfern bereit sind, geht aus der Drohung hervor, daß sie in Zukunft „aus der Partei ausgeschlossen werden“, wenn sie nicht, wie der Referent sagte, „praktische Arbeit“ zu leisten bereit wären. Unter „praktischer Arbeit“ muß man nach dem kommunistischen Jargon die Zerstückelungsarbeit in den Gewerkschaften und die Verhetzung der Arbeiter gegeneinander verstehen. Die Führung in dieser Sitzung hatte offenbar Weißer von der „Union“, der ja im Punkte der Spaltung über praktische Erfahrung verfügt. Was es mit der „Massenbewegung“ der Kommunisten auf sich hat, geht übrigens aus den Schulden hervor, die die Berliner Organisation hat, und aus der

Lassache, daß die Kommunisten trotz allem Tamtam und trotz ihrer erpresserischen Sammlungen in den Betrieben nicht einmal imstande waren, ihren Angestellten die Gehälter zu bezahlen. Viel Geschrei und wenig Wollt.

## Die Verhandlungen in der Metallindustrie.

Wie wir erfahren, haben heute im Reichsarbeitsministerium auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers, infolge der Ablehnung des Schiedspruches, neue Verhandlungen zwischen dem Verband der Berliner Metallindustriellen und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband stattgefunden. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen sind innerhalb der beteiligten Organisationen die Beratungen noch nicht abgeschlossen. Wie wir erfahren, wird das Metallkartell am Sonnabendvormittag zu dem Verhandlungsergebnis Stellung nehmen. Nach Abschluß der Beratungen wird den Mitgliedern sofort Mitteilung gemacht werden.

## Lebenshaltungskosten und Löhne in Berlin.

Aus dem Archiv der Berliner freigewerkschaftlichen Organisation wird uns geschrieben:

Die erste Woche des neuen Jahres zeigt eine 5prozentige Steigerung der Ernährungsausgaben gegenüber der Vorwoche. Die Ausgaben für Heizung, Beleuchtung und Wohnung sind etwas stärker gestiegen, so daß sich für die Teuerungszahl (welche die Kosten der vier vorgenannten Lebensbedürfnisse umfaßt) eine Erhöhung von 7 Proz. gegen die Vorwoche ergibt. Infolge der Inventurausverkäufe zeigten die Bekleidungs- und Schuhausgaben einen Rückgang von 5 Proz. Die Lebenshaltungskosten einschließlich Bekleidung erfuhr eine Zunahme von 4,5 Proz. Gegen die zweite Dezemberhälfte sind die Lebenshaltungskosten um 8,5 Proz. gestiegen. Gegen den Durchschnitt des ganzen Monats Dezember haben sich die Lebenshaltungskosten um 10 Proz. erhöht.

Der vierwöchige Ernährungsbedarf einer fünfköpfigen Familie kostete am 3. Januar 53 141 M.; dazu kommen für Heizung, Beleuchtung und Wohnung 9825 M. Demnach betrug die Teuerungszahl für Berlin am 3. Januar 1923 rund 63 000 M. Da die erwähnten Lebensbedürfnisse im Durchschnitt der Jahre 1913/14 fast genau 100 M. kosteten, beträgt der Entwertungsfaktor rund 630. Allerdings ist die Qualitätsverschlechterung dabei nicht berücksichtigt. Der vierwöchige Bekleidungsbedarf der fünfköpfigen Familie in der Menge und Beschaffenheit, wie er vom Statistischen Reichsamt berechnet wird, kostete nach unseren Erhebungen rund 15 000 M., so daß sich die Lebenshaltungskosten zu rund 78 000 M. ergeben. Es handelt sich, wie gesagt, um einen bestimmten Teil des vierwöchigen Bedarfs einer fünfköpfigen Familie, aber nicht um ein Existenzminimum.

Neue Lohnsätze waren bis zum 8. Januar noch verhältnismäßig wenige gemeldet. Der Wochenverdienst der gelernten Arbeiter bewegte sich in der ersten Januarhälfte um 18 000 M., für die zweite Januarhälfte um 21 000 M. Die Friseur verdienen ab 6. Januar 8230 M.

Die Angestelltengehälter zeigen sehr große Unterschiede. Die Spitzengehälter (Endgehälter der höchstbezahlten Tarifgruppe einschließlich Familienzulagen für die Frau und ein Kind) bewegen sich zwischen 45 000 und 186 000 M. In der Hauptsache liegen sie in der Nähe von 100 000 M.

Die in unserer vorigen Mitteilung enthaltene Angabe über Buchdruckerlöhne beruhte auf einer mündlichen Mitteilung aus dem Bureau des Buchdruckerverbandes.

## Neue Löhne in der chemischen Industrie.

Der Zentralausschuss der chemischen Industrie fasste in der Lohnstreitfrage folgenden Spruch:

Der Lohn des über 20 Jahre alten Arbeiters der Fachgruppe II beträgt für die Zeit vom 27. Dezember 1922 bis einschließlich 16. Januar 1923 400 M.; vom 17. Januar 1923 bis einschließlich 30. Januar 1923 480 M. Die Spanne zwischen den Ortsklassen beträgt 10 Proz. Die Spanne zwischen den Fachgruppen beträgt 5 Proz. Die Löhne der anderen Kategorien und Altersklassen werden prozentual errechnet.

Lohnstabellen sind ab Dienstag im Bureau des Fabrikarbeiter-Verbandes, Engelauer 24/25, Aufgang O, 1 Et. zu haben.

## Tarifpolitik im Eisen- und Stahlgroßhandel.

Die Tarifpolitik des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes und des Verbandes der weiblichen Handels- und Bureauangestellten hat es zuwege gebracht, daß der alte Arbeitgeberverband liquidierte. Ein Teil der Firmen hat die „Interessenvereinigung der 29 Firmen im Eisen- und Stahlgroßhandel“ gebildet, während eine nicht unerhebliche Anzahl von Firmen sich dem Arbeitgeberverband des Großhandels — Dr. Engel — angeschlossen hat. Trotzdem die kaufmännischen Angestellten der Branche in überwiegender Mehrheit dringend verlangt hatten, daß an allen Tarifabkommen auch der ZöM. beteiligt sein sollte, haben die Vertreter der christlich-nationalen Richtung hinter dem Rücken des Zentralverbandes der Angestellten — aus alter Gewohnheit — im Röhrengroßhandel einen Tarifvertrag abgeschlossen. Die Arbeitgeberorganisation dieser Branche ließ sich alsdann noch verpflichten, mit dem ZöM. keinen Tarifvertrag einzugehen. Letzteres ist in öffentlicher Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin protokolllarisch festgestellt. DöM. und BwA. behaupteten teils, 90 Proz. aller Angestellten der Branche Eisen- und Stahlgroßhandel als Mitglieder zu besitzen. Eine amtliche Nachprüfung der Mitgliedszahlen, veranlaßt durch die Reichsarbeitsverwaltung, hat jedoch ergeben, daß DöM. und BwA. bei weitem noch nicht einmal die Hälfte der Angestellten in ihren Organisationen vereinigen. Der Zentralver-

band der Angestellten hat mit dem Arbeitgeberverband des Großhandels, Fachgruppe Eisen- und Stahlzeugnisse aller Art, bereits ab November v. J. Tarifvertragsabschlüsse getätigt. — Der Arbeitgeberverband im Röhrengroßhandel ist durch Schiedspruch verpflichtet worden, mit dem ZöM. einen Tarifvertrag zu tätigen. Der Demobilisierungskommissar wird in den nächsten Tagen zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen. In diesem Monat wird sich außerdem der Schlichtungsausschuss mit der „Interessenvereinigung der 29 Firmen im Eisen- und Stahlgroßhandel“ nach einem bereits ergangenen Beschluß abermals beschäftigen.

Die kaufmännischen Angestellten im Eisen-, Stahl-, Röhren- usw. Großhandel mögen aus dem Vorhergesagten ihre Konsequenzen ziehen. Die abgedrohten Schlagworte wie Landesbewußtsein, Wertarbeit usw. sollten keinen Angestellten mehr irritieren. Wie die Gewerkschaftsarbeit des DöM. im Eisen- und Stahlgroßhandel aussieht, hat sich beim Streik der kaufmännischen Angestellten der Firma C. & O. Casten gezeigt, wo die Kollegen auf die Führung des DöM. verzichteten und selbständig mit der Firma verhandelten.

Die Tarifabkommen für den Monat Dezember sind im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7/10, während der Geschäftsstunden zu haben.

## 25 Jahre dänischer Gewerkschaftsbund.

Die ersten Gewerkschaften Dänemarks, die der Schiffszimmerer, Hauszimmerer und Tabakarbeiter, wurden im Jahre 1871 gegründet. In den nächstfolgenden Jahren wurden 18 neue Gewerkschaften errichtet, hauptsächlich in Kopenhagen. Es bestand selbstverständlich immer eine gewisse Zusammenarbeit zwischen diesen Gewerkschaften. Im Jahre 1886 wurde eine Art Zentralorganisation gebildet, „De samvirkende Fagforeninger“, die als der Vorläufer des jetzigen Gewerkschaftsbundes bezeichnet werden kann. Dieser wurde in seiner jetzigen Form am 3. Januar 1898 in einer von 405 Gewerkschaftsvertretern besuchten Versammlung unter dem Namen „De Samvirkende Fagforbund i Danmark“ gegründet. Er kann jetzt auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken.

Bei der Gründung zählte der Gewerkschaftsbund 50 939 Mitglieder; seitdem ist die Mitgliederzahl ununterbrochen gestiegen und beträgt jetzt 242 545. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Dänemarks beträgt ungefähr 300 000, aber nicht alle Verbände sind dem Gewerkschaftsbund angeschlossen. Diese große Anzahl organisierter Männer und Frauen in einem so kleinen Lande wie Dänemark zeugt davon, daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit stark entwickelt ist. Laßsächlich stellt der Gewerkschaftsbund im dänischen Wirtschaftsleben einen Faktor dar, mit dem überall gerechnet wird.

Während seines Bestehens hat der Gewerkschaftsbund viele schwere Kämpfe mit dem Unternehmertum zu bestehen gehabt; einer der größten war die Kusperrung im Jahre 1899, die vier Monate dauerte und über die Hälfte der damals organisierten Arbeiter umfaßte. Der Gewerkschaftsbund kann mit Freude und Stolz auf die vergangenen Jahre zurückblicken, in denen es ihm gelungen ist, die Durchführung des Achtstundentages auf dem Wege der Vereinbarung mit den Unternehmern durchzuführen, in den Zeiten der schwersten Krise günstige Bedingungen für die Arbeitslosen zu erreichen und trotz der außerordentlich großen und lang andauernden Arbeitslosigkeit die Kürzung der Löhne auf ein Mindestmaß zu beschränken.

## Metallkartell.

Heute vormittag 10 Uhr: Sitzung im Verbandshaus des DöM., Zimmer Ulrich.

## Achtung, Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre!

Mittwoch, den 17. Januar, 8 1/2 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophien-Str. 17-18, Versammlung sämtlicher DöM.-Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre (Obstere, Betriebsräte, Vertrauensleute usw.). Tagesordnung: 1. „Die Vorgänge in Ludwigshafen“. Referent: Genosse Berg, Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes. 2. Diskussion. 3. Beschluß.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2, 1. Stock.

Bei Grippe-Gefahr schützen die fachärztlich empfohlenen Panflavin-Pastillen Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien.

Erstklassige Herrenbekleidung Anzüge, Paletots, Schüpfen, prima Stoffe fertig und nach Maß // Billige Preise MAX FLUSS, Rosenthaler Straße 58

# Schluß der Rest- u. Einzelpaar-

# Woche am Sonnabend, den 13. Januar.

## Die billigen Preise sprechen für sich!

# Preis

An diesen Schlußtagen: Schw. Damenstiefel ganz außergewöhnlich billig!

Bernotat und sein Freund.

Zwei Geschlechter hat dieser Bernotat: das eine weich, zuvorkommend, lebenswürdig, das andere hart, gierig, durchtriebener. So gemeingefährlich er auch sein mag, rein menschlich dauert er einem fast. Man kann sich schon denken, daß vielleicht mehr als einmal, wenn er so nach anstrengendem Raubgang, mit reicher Beute beladen, in sein trautes Heim am Kurfürstendamm zu Frau und Kind zurückkehrte, ihn eine Sehnsucht übersallen mußte, den Rat seines Freundes Raminist zu befolgen und endlich mal dieses Doppelleben eines hypermodernem Diebes aufzugeben. Was war es denn, das ihn daran hinderte? Dekorateur von Beruf, Villaeigentümer an der Däse mit Spielklub, Ziegeleibesitzer, erfolgreicher Pferdespekulant, glücklicher Ehemann und Vater, ein Mann mit gesellschaftlichem Schicksal, von einnehmendem Wesen, dem ein langsamer, jedoch steter Aufstieg in der Handels-, Schieber- und Halbwelt des Kurfürstendamms gesichert schien, — was trieb ihn in fremde Wohnungen, zu fremden Kostbarkeiten? War es Geld, schnell reich zu werden, oder was es Sport — unüberwindbarer Reiz nach ungesundem Nervenkitzel? Wohl beides. Wie einfach schien es doch, mit Dietrich und Schraubenzieher ausgerüstet, in fremde Zimmer einzudringen, um sich das Eigentum anderer zu eigen zu machen. Es waren fast visuelle Zwangsvorstellungen, die ihn immer wieder antrieben. Er fand keine Ruhe, bis er nicht wieder ging, er konnte nie genug haben, obgleich er mit den Gütern nichts mehr anzufangen wußte. Das Motiv ward zum Selbstzweck und hatte damit seinen Sinn verloren. Ist das nicht die Psychologie des „Raske“ des Jahrhunderts? Eins aber hatte er dem letzteren sogar voraus: er besaß Formgefühl. Von den errasteten Gegenständen stellte er in seiner Wohnung nur das unter, was in den Stil derselben — zu den kostbarsten Porzellanen, Bronzen, Teppichen, Delgemälden, Möbeln — paßte, alles andere stieß er als „Ware“ ab. Und seine durch Diebstahl, unter Beihilfe des Buchhändlers Böhme, erbeutete Bibliothek zeugte von einer nicht geringen Intelligenz.

Seine Verteilungsgattin hat er sich in der Einsamkeit seiner Zelle zurechtgemindert. Sie ist psychologisch tief begründet. Nicht er, sondern sein „Freund“, ein geheimnisvoller Oberstleutnant „Großmann“, der ebensogut eskaliert haben konnte wie auch nicht und von dem er, trotz Frau und Kind, in sexueller Hörigkeit gelanden haben will, soll ihm die Sachen aufgehakt haben. So schüttelt er die Taten von sich ab, will von ihnen nichts wissen. Vielleicht nicht zu Unrecht. Es ist eben sein zweites „Ich“, das mit Dietrich und Schraubenzieher in fremde Wohnungen schlich.

Hätte Bernotat der Wahrheit die Ehre gegeben und sein Seelenleben, wie es wirklich ist, ohne Zug und Trug offenbart, so wären ihm vielleicht einigermaßen milde Richter erstanden.

Neben ihm, als Gegenstück, sein Freund Raminist. Erblich durch seinen alkohol-irren Vater schwer belastet, psychopathisch im höchsten Grade, mißglückt in seinem Liebesleben, ein Schlafwandler im Wachen und im Traum, zu frenetisch wie Wachs, ist er in seinem krankhaften Ansehungsbedürfnis am stillgerechten, bestimmten und suggestiven Bernotat hängen geblieben und fand in ihm sein Verhängnis. Unselbständig und unsäglich, trotz intensiven Verlangens und schützender Versuche, von ihm loszukommen, durch den tragischen Tod seines Bruders, den er selbst verschuldet zu haben glaubte, an Bernotat als gefürchteten Zeugen dieses Todes endgültig gekettet, hündisch demselben ergeben, bringt er ihm die größten materiellen Opfer, folgt ihm zwei Jahre hindurch auf den ersten Wink, trotz aller Gemütskrisen, durch dick und dünn.

War er wirklich Bernotats Freund, so mußte er logischerweise in dessen Doppelleben eingeweicht werden und konnte, so wie er nun einmal geartet war, nicht anders als an dessen Treiben teilnehmen. Hier liegt des Rätsels Lösung: Wie war er sich selbst so untreu, daß er Bernotats treuester Diener wurde? Er sieht aber neben ihm am Anfang der stümperhaft anmutenden Einbrüche in Wohnungen und beschließt mit ihm den ersten Abschnitt der gemeinsamen gemeingefährlichen Raubbahn bei den meisterhaft durchgeführten Besuchen in den Wiesbadener Hotels. Und wie er bei seiner ihm aufgezwungenen Tätigkeit zwischen Liebe zu seinem Freund und Pflicht gegen sich selbst hin- und her schwankt, so pendelt er in der Gerichtsverhandlung zwischen Angst für und vor seinem Freund und Angst vor der Büge. Bald reißt er ihn heraus, bald belastet er ihn schwer und unwiderleglich.

Ein „rührendes“ Paar, dessen Gefährlichkeit durch hingebende Freundschaft erhöht wird. Ueber die „Schuld“ des einen werden die Richter zu urteilen haben, über die „Verantwortlichkeit“ des anderen die psychiatrischen Sachverständigen.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife.

Gleichzeitig mit der bereits bekanntgegebenen Erhöhung der Personen- und Gepäcktarife ab 1. Februar um 100 Proz. wird die Entfernungs- für die Berechnung der Mindestfahrpreise sowohl für die Einzel- als auch für die Zeitkarten von 11 Kilometer auf 9 Kilometer herabgesetzt. Die Erhöhung um 100 Proz. erstreckt sich auch auf die Schnellzugzuschläge, die Militärfahrpreise und die sonstigen Gebührensätze. An Schnellzugzuschlägen werden also erhoben für die Zone 1 (1 bis 75 Kilometer), die Zone 2 (76 bis 150 Kilometer) und die Zone 3 (über 150 Kilometer) in der 8. Klasse 200, 400 und 800 M.; in der 2. Klasse 400, 800 und 1200 M. und in der 1. Klasse 800, 1600 und 2400 M. Die Gepäcktarife betragen vom 1. Februar ab 2 M. für je 10 Kilogramm und einen Kilometer. Die Mindesttarife werden ebenfalls verdoppelt, also auf 200 M. festgesetzt.

Das markenfreie Brot 700 Mark.

Der Zwerdverband der Bäckmeister Groß-Berlins erhöht von Montag, den 15. Januar die Preise für markenfreies Gebäck folgendermaßen: Ein Brot von 450 M. auf 700 M. (das Markenbrot kostet vom gleichen Tage an 570 M. gegen 310 M. bisher), Schrippen von 23 auf 27 M., Hörnchen und Kaiserbrötchen von 25 auf 30 M., ein Rund Einbad von 800 M. auf 450 M., gerösteter Zwiebad von 450 auf 720 M. Das Abbaden wird auf 80 und 100 M. erhöht. Zäten und Einschlagpapier werden zu Tagespreisen berechnet und das Substratum wird zum Zwecke der Ersparnis erlaubt, Einschlagmaterial selbst mitzubringen.

Sprunghaftes Steigen des Milchpreises.

Ein Liter Milch in der nächsten Woche 244 Mark.

Trotz aller Versuche, den Milchpreis niedriger zu gestalten oder ihn wenigstens nicht weiter steigen zu lassen, wird, wie bereits kurz mitgeteilt, die nächste Woche eine erneute und ganz bedeutende Steigerung des Milchpreises von 216 auf 244 M. bringen. Da diesmal durch die Annahme des sozialdemokratischen Antrags in der Ernährungsdeputation die Umfahntarife für Milch, die jetzt 15 M. betragen würde, weggefallen ist, so fällt die diesmalige Steigerung fast ausschließlich zu Lasten des Erzeugerpreises. Er betrug in der laufenden Woche 143 M. und ist auf 175,50 M., also um über 30 M., gestiegen. Auch die anderen Posten der städtischen Kalkulation sind gestiegen, wenn auch bei weitem nicht in demselben Verhältnis wie der Erzeugerpreis. Die Ernährungsdeputation wird erstlich zu prüfen haben, ob nicht auch hier Abhilfe möglich ist.

Inzwischen läßt die Reichsregierung durch R. B. mitteilen, daß sie mit Rücksicht auf die außerordentliche Lage, die durch die ungeheuerliche Milchverknappung für die Kinderernährung der minderbemittelten Schichten eingetreten sei, dem Reichstag eine Vorlage über die Bewilligung von drei Milliarden Mark zur Verbilligung für Milch für kleine Kinder einreichen werde. In der Begründung heißt es u. a.:

Es sei nicht beabsichtigt, eine allgemeine Milchverbilligung durchzuführen, wogegen die bekannten volkswirtschaftlichen Gründe und die Rücksichtnahme auf die Reichsfinanzen entscheidend sprechen würden. Es handle sich vielmehr nur um die Vinderung des ganz außerordentlichen Notstandes, der in vielen Bezirken enger Bevölkerungsanhäufung dadurch entstanden ist, daß nennenswerte Teile der Bevölkerung angesichts der allgemeinen Verarmung die Mittel zur Bezahlung der Milch einfach nicht mehr aufbringen können. Hier muß eingegriffen werden, wenn nicht unser Bevölkerungswachstum auf das schwerste geschädigt werden soll. Die vom Reich bereitgestellten Mittel werden der Höhe nach zur Behebung der Not sicher nicht ausreichen, vielmehr werden starke Ergänzungen durch Mittel der Länder und örtliche Auswendungen oder preisausgleichende Maßnahmen kommen müssen, wie ja derartige Hilfe durch Länder und durch örtliche Stellen zum Teil bereits wirkungsvoll gemöhrt ist. Ferner wird dafür gefordert werden müssen, daß die Reichsmittel auf die Fälle ernstester Not zusammengefaßt und nicht durch Verwendung auch in minder schwierigen Verhältnissen zerstückelt werden.

Außer dieser Maßnahme der Reichsregierung wird es zweifel-

los von großem Wert sein, wenn die Landwirtschaft ihre so oft betonte nationale Opferwilligkeit durch das bereits angebotene besondere Milchopfer auch für Berlin bekunden wird. In der städtischen Ernährungsdeputation wurde durch Stadtrat Richter mitgeteilt, daß diesbezügliche Verhandlungen geführt werden sollen. Auf das Ergebnis sind wir gespannt. Darüber sollten sich alle im Klaren sein, daß rasche und radikale Abhilfe angesichts der trostlosen Verhältnisse in Berlin notwendig ist.

Ein Rentnerheim.

Für die nicht mehr Erwerbsfähigen, die gegenüber der unaufrichtig fortgeschreitenden Teuerung auf ein unzulängliches Renteneinkommen angewiesen sind und sich der drückenden Not von Tag zu Tag weniger erwehren können, ist im Verwaltungsbereich „Prenglauer Berg“ in Räumen des Hauses Greißwälder Straße 225 ein Heim eingerichtet worden. Am Donnerstag wurde es mit einer kleinen Feier eröffnet, an der Vertreter des Bezirksamtes, der Rentnerfürsorge des Bezirkes, des Bundes der Rentnervereine und andere in der Sozialhilfe mitarbeitende Personen teilnahmen. Bezirksbürgermeister Paul Joh. schilderte in warmherziger Rede die Notlage der Rentner, die unter Selbentwertung und Teuerung, den harten Folgen des Krieges, jetzt bitter leiden. Das Heim, das für diese hilfsbedürftigen alten Leute eine Zufluchtsstätte sein und ihnen Obdach gewähren will, gibt Einzelstuben gegen mäßige Miete ab und hält für alle auch Gemeinschaftsräume zum Tagesaufenthalt bereit. Die Bewohner des Heims, Männer und Frauen, müssen ihre Stuben mit eigenen Möbeln ausstatten, können aber die gemeinsamen Küche benutzen, um sich Essen zu bereiten oder das aus der Volksspeisung entnommene Essen zu wärmen. Für Besuche ist das Heim von morgens 10 Uhr bis abends 8 Uhr geöffnet. Die vom Bezirksamt möblierten und beheizten Gemeinschaftsräume können auch von nicht im Heim wohnenden Rentnern unentgeltlich benutzt werden. Für die Besucher der Gemeinschaftsräume soll verpfändet werden, Essen aus der Volksspeisung bei hinreichender Beteiligung gemeinsam zu beziehen, so daß sie es hier verzehren könnten und die warmen Räume des Heims mittags nicht zu verlassen brauchen.

Der Mord in der Bayreuther Straße.

20 000 Mark Belohnung.

Zu dem Mord in der Bayreuther Straße wird mitgeteilt, daß die Kriminalpolizei auf die Ermittlung des Täters oder der Täter eine Belohnung von 20 000 M. ausgesetzt hat. Daran nehmen besonders auch die teil, die Auskunft über den letzten Aufenthalt und den Verkehr des ermordeten Romad geben. Der Ermordete, der Ingenieur und Kaufmann Robert A. Romad, vertrat die Romad Importing Company Inc., die in New York ihre Bureaus hat. Bei einem Aufenthalt in Berlin hat er verschiedentlich große Geschäfte mit vielen Beuten abgeschlossen. In der Wohnung wurden noch mehrere Zeugen vernommen. Die amerikanische Botschaft wurde von dem Verbrechen benachrichtigt, weil der Ermordete amerikanischer Staatsbürger war, und entsandte Beamte nach der Wohnung, die sich von dem Befund an Ort und Stelle überzeugten und den Nachlaß des Ermordeten sicherstellten. Die Leiche wurde dann zur Obduktion nach dem Schauhaus gebracht. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei richteten sich besonders auch auf den Aufenthalt und den Umgang Romads während der letzten Tage und der letzten Abende. Die Ermittlungen in den Lokalen, in denen er zu verkehren pflegte, lieferten bisher noch keinen Anhalt zur Klärung. Wer Angaben darüber machen kann, wo Romad besonders am Mittwoch und Donnerstag und namentlich am Donnerstagsabend gewesen ist, wird unter Hinweis auf die hohe Belohnung ersucht, sich umgehend bei den Kriminalkommissaren Dr. Riemann und Dräger im Zimmer 88 des Polizeipräsidiums zu melden.

Wegen eines gefährlichen Fabrikbrandes wurde am Freitag abend die Schöneberger Feuerwehr nach Friedenau alarmiert, wo in der Apparate- und Maschinenfabrik von Hans Windhoff U. G., Bennigstr. 20/22, angeblich aus Fahrlässigkeit ein Feuer ausgebrochen war, das bei der Ankunft der ersten Löschzüge schon eine große Ausdehnung erlangt hatte. Es gelang, eine weitere Ausdehnung der Flammen, die besonders an Immobilien und Einrichtungsgegenständen reiche Nahrung gefunden hatten, zu verhindern. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Das Feuer ist nach Feierabend ausgekommen. Der Betrieb der gut beschäftigten Fabrik wird weiter geführt.

(Nachdruck verboten. Der Reich-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Gegen Fusellis Ohren schlug eine seltsame Aufregung. Diese Worte klangen sehr geschäftsmäßig. Mühslich wunderte er sich, wie das sein werde, im Feuer stehen. Erinnerungen an Kinobilder flühten durch sein Bewußtsein.

„Was bin ich froh, aus diesem Höllenloch fortzukommen!“ sagte er zu seinem Nebenmann.

„Das nächste ist vielleicht noch mehr Höllenloch als das hier, Zunge,“ sagte der Sergeant und ging mit wichtigen Schritten auf und ab.

Alle lachten. „Das ist ein feiner Sergeant, unsrer,“ sagte der Nebenmann zu Fuselli. „Der hat Grühe im Kopf.“

„Rührt Euch!“ rief der Sergeant. „Wenn jemand von Euch einen Schritt aus den Baracken heraus tut, werde ich ihn in die Küche stecken, bis er im Schloß Kartoffeln schälen kann.“

Die Kompanie lachte wieder. Fuselli bemerkte, daß der große Mann, dessen Name zuerst aufgerufen worden war, nicht mitlachte, sondern verächtlich auslachte.

„Heberall gibt's faule Eier,“ dachte Fuselli.

Bangsam überdeckte graue Dämmerung den Himmel. Fusellis Beine waren müde vom langen Stehen. Draußen vor den Baracken standen, so weit er die Straße hinausschauen konnte, Männer in aufmarschierten Anzügen.

Die Sonne stieg auf, heiß, ein wolkloser Tag. Einige wenige Epochen zwischerten über dem Zinndach der Baracken.

„Wir marschieren heute immer noch nicht ab.“

„Warum denn?“ fragte jemand wütend.

„Truppen werden immer nachts abtransportiert. Da kommt der Sergeant.“

Alle reichten ihre Hälse in der angeordneten Richtung. Der Sergeant kam mit einem mysteriösen Lächeln auf den Lippen angetrotzelt.

„Mäntel ausziehen und Rüdengeräte herbei!“

Die Rüdengeräte klapperten und glitzerten in den gleichenden Strahlen der Sonne. Sie marschierten zur Küche

und wieder zurück, stellten sich in Reih und Glied und begannen wieder zu warten. Bald wurden sie alle müde und mürrisch. Fuselli hätte gern gewußt, wo seine alten Freunde aus der anderen Kompanie waren. Es waren auch anständige Kerls da, Chris und jener gebildete Mann, Andrews. Dumm, daß sie nicht hatten mitkommen können.

Die Sonne stieg höher, die Beute schlüch sich einer nach dem anderen in die Baracken und legten sich auf ihre Schlafstellen nieder.

„Um was wollt Ihr wetten, wir kommen aus diesem Lager nicht vor Ende der Woche raus,“ sagte jemand.

Nachmittags marschierten sie wieder auf zum Essen, aßen irgendetwas voll Unlust und hastig. Fuselli verließ den Speiseraum und klopfte mit zwei schmutzigen Fingernägeln irgendeinen Marsch auf seinem Geschirr. Da sprach ihn der Korporal leise an: „Bergig nicht, dein Geschirr zu säubern, Mann. Die Inspektion kommt.“

Der Korporal war ein schwächlicher, gelblichgrauer Mann mit faltiger Haut, obgleich noch jung, und einem Mund, der auslachte, wie ein Flißbogen, der sich öffnete und schloß wie die Papiermühle, die Kinder machen.

„Zu Befehl, Korporal,“ antwortete Fuselli erfreut. Er wollte einen guten Eindruck machen. — „Die Leute werden auch bald zu mir: Zu Befehl, Korporal, sagen,“ dachte er. Ein Gedanke trieb durch sein Hirn. Der Korporal sah nicht sehr kräftig aus. Der würde drüben wohl nicht lange am Leben bleiben. Und er malte sich schon aus, daß Mabe schreiben werde: „Korporal Don Fuselli, O. A. R. D. 5.“

Am Spätnachmittag erschien der Leutnant plötzlich, das Gesicht rot vor Aufregung, den Rock steifer als je.

„Sergeant, lassen Sie die Leute aufmarschieren!“ sagte er atemlos.

Die ganze Lagerstraße hinunter standen die Kompanien in Marschordnung. Eine nach der anderen marschierten sie ab, in Reihen zu vieren, und machten dann Halt mit ihrem Gepäck. Bernsteinengelb wurde das Licht des versinkenden Tages. Marschsignale tönten.

Fuselli war plötzlich sehr aktiv geworden. Die Signaltöne und die Kapelle, die die Nationalhymne spielte, senkten sich in sein Bewußtsein und wuchsen zu einem Traum; wie es wohl werden würde dort drüben. Männer mit Pickelhäuben, die aussahen wie Feuerwehrlente, waren beim

Schießen. Sie sahen aus, wie der Ku-Klux-Klan im Kino, sprangen von ihren Pferden ab, hatten fremde, ausländische Gebärden, steckten Häuser in Brand und speißen Säuglinge auf ihre langen Schwerter. Das waren die Hunnen. Dann Flaggen, die hart im Winde flatterten und Töne von Militärlapellen. Alles verlor sich in einer Szene aus einem Kino, in der Regimenter in Khatuniform schnell, schnell durch die Szene marschierten. In der Erinnerung an das Geschrei, das immer solche Szenen begleitete, ertrank das Bild. — Die Gewehre hätten doch Lärm machen müssen — fügte er in Nachgedanken hinzu.

„A—h—ung! Vorwärts... marsch!“

Die lange, lange Straße des Lagers war voll marschierender Füße. Abmarsch. Als sie durch das Tor kamen, ließ sein Blick an Chris vorbei, der dort stand, mit seinem Arm um Andrews Schultern. Beide winkten sie. Fuselli lächelte und warf die Brust heraus. Die waren noch Rekruten. Er ging über See.

Das Gewicht seines Gepäcks zog ihn an den Schultern und machte seine Füße schwer, als ob er mit Blei beladen sei. Der Schweiß rann seinen kurzgeschorenen Kopf hinunter und strömte in seine Augen und an seiner Nase entlang. Durch die marschierenden Schritte hindurch hörte er wirt „Hoch“-Rufe von den Bürgersteigen her. Vor ihm wurden die Köpfe und das Gepäck immer kleiner, die Straße hinauf. Ueber ihnen flatterten Fahnen aus den Fenstern langsam hin und her im Dämmerlicht. Doch das Gewicht des Gepäcks drückte mit unausweichlicher Kraft seinen Kopf herab, wie sie weitermarschierten unter den Bogenlampen, die im Dämmerlicht blinkten. Stiefelsohlen und Beine, von Samalchen umwickelt, und der Gurt des Mannes vor ihm; das war alles, was er sehen konnte. Das Gepäck schien ihm so schwer, als ob es ihn in den Erdboden durch den Asphalt hinein drücken werde, und um ihn herum war das dumpfe Rauseln der Ausrüstungen und das Stampfen marschierender Füße. Alles an ihm war naß vor Schweiß. Ganz vage fühlte er den dampfenden Schweiß, der aus den Reihen angestrengter Körper um ihn herum aufstieg. Bald aber vergaß er alles außer dem Gepäck, das ihn an den Schultern zog, das seine Schenkel, Knöchel und Füße niederlastete, und außer dem monotonen Rhythmus seiner Füße, die auf das Pflaster schlugen und der anderen Füße vor ihm, hinter ihm, neben ihm.

(Fortsetzung folgt.)

# Ein infamer Schwindel.

Das soll „Waldfischlächerei“ sein?

Es vergeht kein Tag, an dem nicht von der bürgerlichen Presse die infamsten Lügen gegen den Berliner Magistrat verbreitet werden. Gegen den unverschämten Schwindel, daß der Magistrat die Waldungen bei Rante rücksichtslos niederzuschlagen beabsichtigt, gibt das Nachrichtenamt des Magistrats folgende Mitteilung:

Mit ungenügender Behauptungen über angebliche Waldschlächtereien, die die Stadt Berlin in ihren Forsten beabsichtigt, wird von unverantwortlicher Stelle die Öffentlichkeit beunruhigt. Der Einschlag im Wald der Stadt Berlin, auch soweit er früherer Staatswald war, ist von der Aufsichtsbehörde genehmigt. Es ist nicht anzunehmen, daß der Einschlag höher war, als ihn der Forstfiskus gemacht hätte. Die staatliche Forstaufsicht reicht an sich schon aus, die befürchtete Verwundung des Waldes in ein „Stübchenfeld“ zu verhindern. Hierzu kommt aber noch in nicht geringem Umfang der Umstand, daß die Stadt Berlin ein selbstverständliches Interesse an vorzüglicher Forstwirtschaft hat. Allen Berufenen und Kennern der Verhältnisse wird ja auch ohne weiteres klar sein, wie eine Behauptung einschlägt, die die städtische Waldwirtschaft geradezu als gewissenlos hinstellen möchte. Die weiteren Kreise der Bevölkerung, für die die Erhaltung der städtischen Forsten die Städte der Erholung und Erfrischung sind und bleiben müssen, dürfen aber beanspruchen, daß sie über den Umfang des beabsichtigten Holzschlags aufgeklärt und beruhigt werden. Alle, die der Weg im Sommer wieder in die Wälder hinausführen wird, werden ja selbst sehen, daß von irgendwelchen wesentlichen Eingriffen in den Bestand und in das Bild des städtischen Waldes keine Rede sein kann. Es ist lediglich beabsichtigt, einen sogenannten Hiebvorgriff von 3,5 Hektar je Hektar unter Wiederverpflanzung in zehn Jahren mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde vorzunehmen. Wie unter solchen Umständen die Öffentlichkeit mit der Behauptung belästigt werden kann, die Stadt Berlin beabsichtigt ihre Wälder niederzuschlagen, um sie in Milliarden zu verwandeln, ist unbegreiflich, und es ist unbedingt nötig, solche Ausstellungen auf das schärfste zurückzuweisen.

Die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat die alljährliche Neuwahl des Fraktionsvorstandes vorgenommen. Er setzt sich jetzt so zusammen: erster Vorsitzender Genosse Heimann, Stellvertreter die Genossen Reimann und Caemmerli, Schriftführer die Genossen Clauss und Fischer, Beisitzer die Genossen Publy, Dr. Wehl, Frau Scholz. — Genosse Kreindrin hat wegen seiner Inanspruchnahme als Bezirksrat des Verwaltungsbezirks Wedding sein Stadtverordnetenmandat niedergelegt. An seine Stelle tritt als Stadtverordneter der Genosse Louis Fleich.

Die Leistung des Kohlenamts soll, wie wir hören, vom Magistrat in Zukunft an Stelle des Stadtbaurats Porten einem Magistratsrat übertragen werden. Stadtbaurat Porten wird das Dezernat für alle Kohlenangelegenheiten im Magistrat behalten und auch weiter Vorsitzender des Aufsichtsrats der W.B. bleiben. Nur die unmittelbare Leitung des Kohlenamts soll in andere Hände gelegt werden, um jeden Vorwand zu Angriffen auf die Brennstoffzentrale G.m.b.H. und jede Behauptung, daß sie durch die Personalunion mit dem Kohlenamt begünstigt werde, unmöglich zu machen. Der Magistrat denkt nach unserer Information aber gar nicht daran, den Angriffen der Interessentenkreise gegen die W.B. stattzugeben, über deren Lächerlichkeit sich diese Kreise ja wohl selber im Klaren sind.

Eine Sonderverteilung von Zucker veranstaltet das Ernährungsamt der Stadt Berlin in der Zeit vom 15. bis zum 25. Januar für Kinder im 1., 2., 3. und 4. Lebensjahr und für werdende Mütter. Die Verteilung erfolgt auf Grund der für den Monat Januar geltenden Berliner Milchkarten, und zwar wird für Kinder im ersten und zweiten Lebensjahr sowie für werdende Mütter eine Sondermenge von zwei Pfund und für Kinder im dritten und vierten Lebensjahr eine solche von ein Pfund ausgegeben. Der Preis beträgt für das Pfund 180 M. Die Ausgabestellen werden am Sonnabend an den Anschlagtafeln bekanntgemacht.

Schärfere Gewichtskontrolle. Nachdem bereits das Landespolizeiamt in einem Rundschreiben auf die Gewichtskontrolle hingewiesen hatte, hat jetzt der Oberpräsident alle mit der Kontrolle der Gewichte beauftragten Beamten und Dienststellen ermahnt, mit Rücksicht auf die Lenkung der Revisionen besonders häufig und gründlich vorzugehen. Gleichzeitig haben die Beamten darauf zu achten, daß die zum Abwiegen der Waren dienenden Waagen vollkommen frei und überflüssig für den Käufer aufgestellt sind und von andern Gegenständen weder ganz noch teilweise bedeckt werden.

Die Choleraerkrankung als Ruhefisch. In der Nr. 14 des „Vorwärts“ vom 10. Januar gebrachten Mitteilung sendet uns der darin erwähnte Arzt folgende „Wichtigkeitsnotiz“, um deren Aufnahme er uns sonderbarerweise auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersucht. 1. Ich bin nicht der zuständige Kreisarzt, sondern praktischer Arzt. 2. Die Verschaffenheit der Vorrede bei Friederichshof, um die es sich handelt, ist mir nicht bekannt, und ich habe sie nicht als menschenunwürdig bezeichnet. 3. Meine Angaben in einem für den Altvater Wilhelm Kood ausgestellten Gutachten über die ihm in der genannten Vorrede angebotene Wohnung stützen sich, wie ich in dem Gutachten wiederholt betont habe, auf Koods eigene Angaben. Ergebnis Sanitätsrat Dr. Hindenburg, prokt. Arzt.

Herr Dr. Hindenburg wehrt sich also auch gegen die durchaus ehrenvolle „Verdächtigung“, selber eine menschenunwürdige Choleraerkrankung als menschenunwürdig bezeichnet zu haben.

Die Schwerkriegsbeschädigten des Versorgungskrankenhauses Tempelhof fühlen sich veranlaßt, nachdem sie sich eines reichlich gedachten Weihnachtsgeldes erfreuen durften, allen hochherzigen Spendern und Helfern, die die freundliche Lieberachtung bereitet haben, hierdurch ihren aufrichtigsten Dank darzubringen.

Eine Trauerfeier für den verstorbenen Genossen Wiadmit Medem wird von der Berliner Organisation des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes am Sonntag, den 14. Januar, 11 Uhr vormittags, im Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 42, veranstaltet.

Von der Direktion des Circus Busch wird uns mitgeteilt, daß aus Anlaß des nationalen Trauertages am Sonntag, den 14. Januar, dem Groll des Tages entsprechend, in beiden Vorstellungen, 8 und 7 1/2 Uhr, das halbsitzige Pantomimenspiel „Die Nibelungen“ mit erstem Vorprogramm zur Aufführung kommt.

Der Verein zur Unterstützung russischer Staatsangehöriger in Berlin e. V. bittet uns, bekanntzugeben, daß sein auf heute angelegtes Wohlthatenfest in Anbetracht der politischen Ereignisse auf einen späteren Termin verlegt wird.

Musikführungen. Sonntag, den 14. Januar, 9 1/2 Uhr vormittags, finden musikalische Führungen durch Direktorenbeamtin im Neuen Museum (Balkonraum) und im Kaiser-Friedrich-Museum (Hallenstraße) und deutsche Kunst des Mittelalters statt. Eintrittskarten zu 1 M. und Programms zu 2 M. sind vor Beginn der Führungen am Eingang der genannten Museen erhältlich.

Eine Besichtigung der Lehrplänearbeiten und der Werkstätte der W.B. unternimmt der Bund einschleppender Schullehrer, Angelerhrergruppe, am Sonnabend, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr, in Reinickendorf, Köpcke-Str. 31. Leitung: Dr. Löffler. Zutritt ist für alle Mitglieder des Bundes freigegeben.

Die jüdisch-sozialistische Partei „Goyol Hazair“ veranstaltet am Sonntag, den 14. d. M., 8 1/2 Uhr abends, im Hindenburg-Schwarzenhof einen Vortrag von Kurt Goldschmidt über das Thema: „Leben und Arbeit in Palästina.“

Der Deutsch-Litauische Memellandbund ladet seine Mitglieder und alle geborenen Memelländer dringend zu einer ordentlichen Hauptversammlung am Montag, den 15. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in den Klubraum, Schabrowsky-Str. 7, in Berlin ein.

## Beschwerden

# Das unzufriedene Berlin

## Vorschläge

### Gastwirte und Abstinenzbewegung.

Von einem alten Parteigenossen, der kein Gastwirt ist, werden wir um die Aufnahme folgender Zeilen ersucht:

Die Arbeiterjugendbewegung hat sich ziemlich stark auf Kampf gegen den Alkohol eingestellt. Und wenn man die frischen Jungen und Mädels sieht und dagegen die blasieren Gestalten hält, die sich in Bars, Dölen und Tanzlokalen herumdrücken, dann kann man sich dessen nur freuen. Auf der anderen Seite aber ist die Jugend nur zu leicht zu Uebertreibungen geneigt. So kommt denn in ihre Agitation mitunter ein ziemlich deutlicher Zug von Ueberhebung hinein, der sich manchmal etwas peinlich in der totalabstinente lebenden Jugend ausprägt. Man meint da, jeden ehrbaren Gast- und Schankwirt auf dieselbe Stufe mit den Inhabern von Schlemmerlokalen, Dölen usw. stellen zu dürfen und wünscht wohl gar von heute zu morgen seine Ausrottung. Die Jugend unserer Tage weiß nicht, welche bedeutsame Rolle der Berliner Gastwirt in den Kämpfen der Berliner Arbeiterbewegung gespielt hat. Vor dem Krieg war es ein beliebter Sport der Polizei, der Sozialdemokratie alle Lokale absperrig zu machen und die Gastwirte, die die ihren der Partei zur Verfügung stellten, mit allen möglichen Schikanen solange zu peinigen, bis sie zu Kreuze trafen. Nun waren eine große Anzahl der heutigen älteren Berliner Gastwirte vor Jahren einmal tätige und aufopferungswolle Kämpfer in Partei oder Gewerkschaft, die durch irgendeine Unternehmer- oder Polizeimittel auf's Pfaster flogen. Kein anderer Betrieb nahm sie und es blieb ihnen nichts anderes übrig, als mit Hilfe einiger Parteigenossen oder Freunde eine kleine Schankwirtschaft aufzumachen. In dem danebenliegenden Vereinszimmer fand die Abteilung unserer Partei für Zusammenkünfte ihren Unterschlupf, oft an Türen und Fenstern belauscht von den Kreaturen der Polizei. Diese Männer haben nach wie vor Anspruch auf Dank. Ihr Gewerbe ist gesetzlich und moralisch ebenso einwandfrei wie hundert andere Gewerbe. Niemand wird den Abstinenten zu nahe treten, sofern sich ihre Arbeit im Rahmen wissenschaftlich-populärer Aufklärung hält, aber es darf wohl doch auch nicht vergessen werden, daß gerade die bürgerliche Abstinenzbewegung vielfach recht sehr im Fahrwasser des Radikalismus und Pharisäertums fährt.

### Oberpräsident und Wohnungsbeschwerden.

Im „Unzufriedenen Berlin“ des „Vorwärts“ wurde Klage darüber geführt, daß der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin, der in Wohnungssachen entscheidende Instanz sei, bei Beschwerdefällen „unerreichbar“ sei und daß ihm vorgelegte Beschwerden an andere Instanzen weitergeleitet würden. Insbesondere wurde an Hand eines Einzelfalles bemängelt, daß eine Beschwerde über ein Wohnungsamt demselben Wohnungsamt zur weiteren Erledigung zugewiesen sei. Hierzu teilt der Amtliche Preussische Pressedienst von zuständiger Stelle folgendes mit: Die Annahme, daß es sich um eine Entscheidung der Instanz in Wohnungssachen der Oberpräsident als Aufsichtsinstanz über die städtische Verwaltung der Stadt Berlin schlechthin handelt, ist nach der Auffassung des Ministers für Volkswohlfahrt irrig. Der Oberpräsident als kommunale Aufsichtsinstanz hat die Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften zu überwachen und ist zu Maßnahmen nur befugt, wo gesetzliche Vorschriften verletzt oder gesetzliche Zuständigkeiten überschritten sind; ebenso ist er befugt einzugreifen, wo die städtische Verwaltung nicht in vorgeschriebenem Gange gehalten wird. Das Publikum ist dagegen geneigt, die Aufsichtsinstanz für befugt zu erachten, unmittelbare sachliche Weisungen in Fragen der Wohnungsbewirtschaftung und Wohnungszuteilung zu erteilen. Die Zahl solcher Beschwerden, die letzteres betreffen, gehen in die Tausende. Sie müssen unmittelbar der städtischen Verwaltung, und zwar der Zentrale für das Wohnungswesen zur zuständigen Verfügung abgegeben werden und unterliegen ihrer ausschließlichen Einflussnahme. In solchen Fällen ist in der Tat die Aufsichtsbehörde regelmäßig „unerreichbar“, soweit nicht die oben angegebenen Zuständigkeiten im Einzelfall in Frage kommen. Daneben bleibt der Aufsichtsbehörde die Befugnis zur gütlichen Vermittlung auch in solchen nicht zu ihrer Zuständigkeit gehörigen Fällen. Sie macht auch häufig hiervon Gebrauch. Um aber auch in solch lediglich dem städtischen Einfluß unterliegenden Angelegenheiten eine unparteiische Nachprüfung der Entscheidungen der Wohnungswärter seitens kommunaler Organe zu ermöglichen, ist dankenswerterweise von der städtischen Verwaltung in allen Bezirken die Einrichtung der Beschwerdekommision bei den Wohnungsämtern geschaffen. Von diesen Kommissionen wird unter der Firma „Wohnungsamt Beschwerdekommision“ die angerufene Entscheidung getroffen. Daneben bleibt die Zuständigkeit des Zentralwohnungs-

amts als Beschwerdeinstanz gegenüber den Entscheidungen des Bezirkswohnungsamts unberührt. Das Zentralwohnungsamt ist überdies in allen Fällen zur Entscheidung zunächst anzurufen und wird nötigenfalls als Beschwerdeinstanz eingeschaltet, wo im übrigen die Beschwerde an die kommunale Aufsichtsinstanz (Oberpräsidium) statthaft ist.

### Warum doppeltes Steuerrecht?

Zu dieser Beschwerde im „Unzufriedenen Berlin“ vom 4. Januar sendet uns das Landesfinanzamt Groß-Berlin folgende Erwiderung: „Ein Lohnempfänger macht unter der Ueberschrift: „Warum doppeltes Steuerrecht“ auf die Unge rechtigkeit aufmerksam, die dadurch entsteht, daß Anträge auf Zulassung von Steuerermäßigungen für ein nach dem Tage der Personenstandsaufnahme (für 1923 nach dem 10. Oktober 1922) hinzugekommenes minderjähriges Kind oder die Ehefrau nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen keine Berücksichtigung mehr finden konnten. Zur eventuellen Information Ihres Leserleses weise ich ganz ergebenst darauf hin, daß durch die soeben erschienene Verordnung zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 29. Dezember 1922 dieser offenbar Mangel beseitigt ist. Für alle Anträge auf Änderung der Eintragungen in Steuerbuch, sei es, daß es sich um nachweisliche Unrichtigkeiten handelt, sei es, daß der Steuerpflichtige nachweisen kann, daß die Zahl seiner beim Steuerabzug zu berücksichtigenden Familienangehörigen im Laufe des Kalenderjahres größer als am Tage der Personenstandsaufnahme geworden ist, sei es ferner, daß ein Steuerpflichtiger gemäß § 47 EStG. nachweisen kann, daß er einen mittellosen Angehörigen unterhält, sei es, daß ein Steuerpflichtiger die Zulassung erhöhter Werbungskosten zu beantragen in der Lage ist, ist die bisherige Ausschlußfrist aufgehoben. Derartige Anträge können daher von den Steuerpflichtigen während des ganzen laufenden Kalenderjahres gestellt werden.“

gez. Dr. Böllig.

### Zweierlei Gasberechnung.

Die Gasrechnungen beginnen allmählich eine Höhe zu erreichen, die nicht nur für den Privatmann, sondern mehr noch für den gas-konsumierenden Gewerbetreibenden geradezu bedrückend ist. Immerhin würde man die Erhöhung der Gaspreise fatalistisch hinnehmen, wenn sie wenigstens für jedermann gleich wären. Das ist aber keineswegs der Fall, sondern je nachdem der Gaskonsument das Ablefen des Gasmessers am Anfang des Monats oder später vornimmt, zahlt der Konsument mehr oder weniger. Und zwar ist der Unterschied ein ganz gewaltiger. In diesem Monat dürfte in Berlin beispielsweise ein Teil der Gaskonsumenten über doppelt so viel zahlen als der andere. Es rührt dies daher, daß der Gaspreis für Januar von 90 auf 200 M. pro Kubikmeter erhöht wurde, und zwar geltend vom Tage der Bestandaufnahme. Wer bereits am 2. d. M. von dem Gasmesserprüfer feingeküßt wurde, zahlt also für den ganzen Januar 200 M., zu dem hingegen der Prüfer erst am 26. d. M. kommt, bezieht das Gas noch zum Preise von 90 M. Und so ist es bei den ständig steigenden Gaspreisen allmonatlich, denn die Gasprüfer gehen stets im gleichen Turnus. Ein Teil der Bevölkerung wird gleichbleibend am Anfang des Monats, ein anderer gegen Monatsende kontrolliert. Es ließe sich sehr leicht ein Ausgleich schaffen, indem die Prüfungsbeamten angeordnet würden, ein mal von dieser, im nächsten Monat von der anderen Seite ihren Rundgang zu beginnen. Trotz vielfacher Vorhaltungen weigern sich die Gaswerke, einen so einfachen Ausweg zu beschreiten! Gegen diesen Bureautrotismus der Gaswerke muß auf das entschiedenste Front gemacht werden.

D. R.

### Starke Unsicherheit beim Ringbahnhof Treptow.

In den letzten Monaten ist beim Ringbahnhof Treptow und in seiner näheren Umgebung während der späten Abendstunden eine starke Unsicherheit eingetreten. Das meist jugendliche Gesindel, das sich dann aus den angrenzenden Dichtenberger Bezirken hier einfand, scheint förmlich zu lauern auf angetrunkene und andere allein gehende Personen, die mit den letzten Zügen enttriften oder aus den Treptower Lokalen kommen. Auch nach Einstellung des Eisenbahnbetriebes hört das Treiben nicht auf. Schon eine ganze Reihe von Ueberraschungen und Veräuberungen sowie viele Einbrüche in die nächsten Willen sind gemeldet worden. Seitdem der nahegelegene Schleifweg unter scharfer nächtlicher Kontrolle genommen ist, hat sich das Raubgesindel von hier verzogen. Mehr Nachsicht für die Bahnhofsumgebung ist dringend geboten.

Eisenbahnunglück. Auf dem Bahnhof Frieden a. d. Seine überfuhr am 12. Januar gegen 3 Uhr morgens der von Hannover kommende D-Zug 70 das Einfahrtsignal und fuhr einem Rangier- und Güterzug in die Flanke. Die Lokomotiven der beiden Züge entgleisten und wurden schwer beschädigt, ebenso der Postwagen und der Schlafwagen des D-Zuges. Der Lokomotivführer des D-Zuges und ein Schaffner wurden schwer, eine Dame leicht verletzt. Der Materialschaden ist sehr groß. Die Aufräumarbeiten sind im Gange. — Gestern nachmittags entgleiste bei der Ausfahrt aus dem Bahnhof Königsplatz ein Wagen des Breslauer Personenzugs. Acht Personen sind leicht verletzt.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 2. Kreis Tiergarten. Die Parteigenossen und -genossinnen des 2. und 7. Kreises Charlottenburg protestieren am Sonntag, den 14. Januar, vormittags 11 Uhr, im Garten der Tugendhofs Brunnen, Strom, des Karminhofes, gegen die Gemischtwahlmaßnahmen der hiesigen Regierung. Ordner werden in der Absicht des Kreises gestellt.
- 10. Kreis. Der Kreis verteilt sich je nach zeitlicher Lage auf die Veranstaltungen der Kreise Wilmersdorf und Steglitz.
- 13. Kreis. Die Kreisführer laden die Genossen zur Versammlung am Sonntag, den 11. Uhr auf dem Schulhof der Gemeindefabrik Friedrich-Wilhelm, Berberstraße, durch Handzettel ein.
- 17. Kreis Lichtberg. Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei und die weltlichen Schulen veranstalten ihre Jugendweihen am 18. und 19. März in der Schulaula Parkweg. Anmeldungen für den Unterricht nehmen folgende Genossen entgegen: Fischer, Lichtberg, Schornweberstr. 49; Richter, Eitelstraße 72; Dr. Sturm, Möllendorferstr. 48; und die weltlichen Schulen Schornweberstraße, Parkstraße, Marktstraße, Kottbusstraße, Dürckstraße und Friedrichstraße. Der Unterricht beginnt am 2. Februar.

### Heute, Sonnabend, den 13. Januar:

Charlottenburg-Spanbau. Jeden Sonntag von 5-8 Uhr im Jugendheim Charlottenburg, Rosenstr. 4, juristische Erörterungen. — Sport- und Rekrutentagen der Freien Schulgemeinde Charlottenburg heute von 5-7 Uhr im Arbeiterjugendheim, Köpcke-Str. 4, v. 1. U. Uentgenstraße 10 und Anstalt in allen Schultagen und Kollengeschäftlichen.

24. Abt. 14. Uhr Treffpunkt der Funktionäre an der Westseite des Brandenburger Tor.

### Morgen, Sonntag, den 14. Januar:

Kammer. 11 Uhr vormittags Parteiverammlung in der Turnhalle Auguststraße. Referent Landtagsabg. Richard Wendt.

Berlin. 3 Uhr nachmittags Parteiverammlung im Gesellschaftshaus, Rastepstraße. Referent Landtagsabg. Eugen Bläser.

Treptow. 3 Uhr nachmittags Parteiverammlung im Alten Schäferhaus. Referent Landtagsabg. Alott.

### Jugendveranstaltungen.

#### Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Eine Konferenz der Abteilungs- und Kreisvorsitzenden findet heute abend 7 Uhr im Jugendheim Eichenstr. 3 statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Gesamtvereins über Arbeiterjugend und sonstige Angelegenheiten. 2. Bericht des Bezirksvereins. 3. Bericht über die wichtigsten Tagesordnungsfragen. Die Abteilungen vertreten ihre Vertreter. Beschlüsse werden nicht gefasst. Die Wasserkasse wird mit dem Abteilungsbeleg geprüft sein.

Wüstung, Wandertreff. Heute abend 7 Uhr findet in der Juristischen Erörterung, Lindenstr. 3, eine Konferenz statt. Alle Abteilungen müssen vertreten sein. Vortrag: „Erziehungsfrage in der Welt“. Anfang 7 Uhr.

Wüstung, Theaterabende. Die Vorstellung morgen, Sonntag, den 14., findet als geschlossene Vereinsveranstaltung statt. Die Rechnung für dieselbe beträgt 170 M. und ist im Theater zu entrichten. Nicht benutzte Karten werden nicht zurückgenommen.

Wüstung, Wandertreff. Heute abend findet in der Aula der Schule Rappentstraße 70 ein Elternabend statt. Anfang 7 Uhr. Eintritt 25 M.

Der Ortsausschuß für Jugendpflege Reichs-Bund veranstaltet am Dienstag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, in der Aula der Schule Rappentstraße eine Filmvorführung. Zur Verfügung gelangt der Film „Wunder des Schneehaars“, 2. Teil. Eintrittskarten zum Preise von 20 M. für Jugendliche und 30 M. für Erwachsene sind an der Kasse zu haben.

## Arbeitersport.

### Fußball am Sonntag.

Bezirk Köpenick. 1. Mannschaften. 2 Uhr. Abt. A: Nord-Oranienburger-Allee, Wdler 66—Hansl. Abt. B: Germania-Charlottenburg, Petrus 13—Eisenstraße. Abt. C: Germania-Friedrichshagen, Beilen—Germania, D. C. Road-Union, Eichenstr. 4—Hansl. Abt. D: Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4. Jugend. 1. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 2. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 3. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 4. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 5. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 6. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 7. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 8. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 9. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 10. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 11. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 12. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 13. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 14. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 15. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 16. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 17. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 18. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 19. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 20. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 21. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 22. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 23. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 24. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 25. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 26. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 27. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 28. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 29. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 30. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 31. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 32. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 33. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 34. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 35. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 36. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 37. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 38. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 39. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 40. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 41. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 42. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 43. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 44. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 45. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 46. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 47. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 48. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 49. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 50. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 51. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 52. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 53. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 54. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 55. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 56. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 57. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 58. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 59. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 60. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 61. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 62. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 63. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 64. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 65. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 66. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 67. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 68. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 69. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 70. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 71. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 72. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 73. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 74. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 75. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 76. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 77. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 78. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 79. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 80. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 81. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 82. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 83. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 84. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 85. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 86. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 87. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 88. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 89. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 90. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 91. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 92. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 93. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 94. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 95. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 96. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 97. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 98. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 99. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 100. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 101. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 102. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 103. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 104. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 105. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 106. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 107. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 108. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 109. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 110. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 111. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 112. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 113. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 114. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 115. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 116. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 117. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 118. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 119. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 120. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 121. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 122. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 123. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 124. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 125. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 126. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 127. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 128. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 129. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 130. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 131. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 132. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 133. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 134. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 135. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 136. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 137. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 138. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 139. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 140. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 141. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 142. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 143. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 144. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 145. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 146. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 147. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 148. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 149. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 150. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 151. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 152. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 153. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 154. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 155. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 156. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 157. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 158. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 159. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 160. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 161. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 162. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 163. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 164. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 165. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 166. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 167. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 168. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 169. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 170. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 171. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 172. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 173. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 174. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 175. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 176. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 177. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 178. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 179. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 180. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (12.30). 181. Germania-Friedrichshagen, Petrus 13—Eisenstraße (12.30). 182. Germania-Spanbau, Köpcke-Str. 4—Hansl. (12.30). 183. Germania-Pankow, 68, E. E. B. Hansl. (

# Wirtschaft

## Zur Bekämpfung des Holzwuchers.

Die Frage der Holzversorgung Deutschlands ist eins der wichtigsten Probleme. Die katastrophalen Folgen, die sich aus der Übererzeugung des inländischen Holzes nicht nur für die deutsche Presse, sondern auch für den Baumarkt und für die übrigen Holzverbraucher ergeben haben, sind zu bekannt, als daß sie noch einer eingehenden Darlegung bedürften. Es ist zu befürchten, daß die Befehung des Ruhrgebietes auch auf dem Holzmarkt weitere Preistreibererzelen zeitigen wird. Um so mehr ist es jetzt Pflicht, Maßnahmen zur Abwehr des Holzwuchers zu treffen.

In der „Holzarbeiterzeitung“ macht nun Genosse Fritz Tarnow einen Vorschlag zur Milderung der Holznot, der in weitesten Kreisen Beachtung verdient. Bekanntlich hat bereits im Mai 1920 der Holzarbeiterverband in einer Denkschrift an die zuständigen Stellen die Gemeinwirtschaft für Holz gefordert, er hat sich aber gegen den Widerstand der Interessenten nicht durchzusetzen können. Die Holzpreise rieten sich, da Deutschland mit einem Drittel seines Bedarfs auf die Einfuhr angewiesen ist, automatisch nach dem Weltmarktpreis. Dieser ist höher als der Dollar. Betrachtet man nun den inneren Holzpreis unter demselben Maßstab für den Bucher, den die jetzige Regierung Cuno aufgestellt hat, nämlich im Verhältnis zu der an den Lebenshaltungskosten gemessenen Geldentwertung, so ergibt sich für den Monat November, daß die deutschen Rundholzpreise sich etwa sechs-, die deutschen Schnittholzpreise sich mehr als achtmal stärker erhöht haben, als das nach der Geldentwertung berechnigt gewesen wäre. Das ist also selbst nach dem Zugeständnis volksparteilicher Fachleute glatter Bucher.

Tarnow weist nun darauf hin, daß der Kohlenbergbau eine 40prozentige Steuer zu entrichten hat, obwohl dessen Gewinnungskosten viel mehr gestiegen sind, als die Produktionskosten des Holzes, während die Kohle längst nicht im gleichen Verhältnis sich verteuert hat. Er verlangt demgemäß auch vom Forstbesitz die Erhebung einer Abgabe in Höhe von 40 Proz. des Wertes des Einschlags. Da aber eine solche Maßnahme zur Verminderung des Einschlags führen könnte, so wäre die Abgabe auch dann zu erheben, wenn ein Holzschlag aus Gründen der Steuerflucht unterbleibt. Die Abgabe wäre dann von dem Werte des bei normalem Einschlag gewonnenen Holzes zu erheben.

Der Antrag dieser Abgabe sollte zur Verbilligung des eingeführten ausländischen Holzes dienen. Auf diese Weise wird der Preis des Auslandsholzes gesenkt und den Händlern der Anreiz genommen, sich gegenseitig bei Holzkäufen im Ausland zu überbieten. Natürlich wäre die Einfuhr so zu kontrollieren, daß die Verbilligung auch den Verbrauchern zugute käme.

Der Vorschlag, dessen Grundzüge hier nur angedeutet werden können, ist nur zu begrüßen. Der Reichstagsler Cuno hat in seiner Rede im Auswärtigen Ausschuss gesagt, wir müßten „allen Wirtschaftsfaktoren entgegenzutreten, die aus der Wegnahme des Hergens unserer Wirtschaft entstehen könnten“. Hier ist ein Vorschlag zur Abwehr der Teuerung auf einem der wichtigsten Gebiete. Die zuständigen Stellen werden sich mit ihm beschäftigen müssen.

## Die Industriekrise in Oesterreich.

Die Folgen der Stabilisierung der österreichischen Krone verdienen um so mehr Beachtung zu werden, da bisher die Entwicklung der österreichischen wirtschaftlichen und politischen Lage in großen Zügen der deutschen vorausgeht und ihrem Ablauf nach dieser ähnlich war. In den letzten Wochen steht Oesterreich im Zeichen der sich immer mehr verschärfenden Industriekrise. Die österreichische Schwerindustrie trägt die deutsche und tschechoslowakische Konkurrenz nicht mehr und schreitet zu energischen Betriebsstillegungen. So wollte die Direktion der Böhlersdorfer Werke, die neuerdings von dem deutschen AEG-Konzern (Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft) übernommen wurde, die Zahl der Arbeiter von 3500 auf 500 herabsetzen. Als dies an dem Widerpruch der Industriellenkommission scheiterte, beschloß sie, das Werk stillzulegen und die Liquidation einzuleiten. Auch die steirische Schwerindustrie liegt danieder, es sind in ganz Steiermark nur zwei Hochöfen im Betrieb. Die Alpine Montanengesellschaft, deren Hauptaktionär Hugo Stinnes ist, liegt ebenfalls danieder. Die Zahl der

# Öffentliche Massenfundgebung

gegen den französischen Rechtsbruch an der Ruhr  
am Sonntag, den 14. Januar, vormittags 11 Uhr  
an folgenden Stellen:

- Mitte, Prenzlauer Berg und Friedrichshain: Garten Brauerei Friedrichshain, Am Königstor.
- Wedding und Reinickendorf: Garten Brauereiauschant Pagenhofer, Chausseest. 64.
- Tiergarten und Charlottenburg: Garten Brauereiauschant Pagenhofer, Strom-Edle Turnstraße.
- Kreuzberg und Neukölln: Garten Schultzei-Auschant, Hafensheide.
- Spandau: Konfordiasäle, Klosterstraße.
- Wilmersdorf, Schmargendorf und Grunewald: Viktoriagarten, Wilmersdorf, Wilhelmstraße 114/115.
- Schöneberg und Friedenau: Garten Schloßbrauerei, Schöneberg, Hauptstraße.
- Steglitz, Lichterfelde, Lankwitz und Zehlendorf: Albrechtshof, Steglitz, Albrechtstr. 1.
- Tempelhof, Mariendorf, Mariensfeld und Lichterfelde: Schulhof der Gemeindefschule Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Edle Werderstraße.
- Treptow und Baumgartenweg: Aula des Lyzeums im Baumgartenweg, Baumgartenstraße.
- Niederichsneweide, Oberschöneweide, Johannishtal, Alt-Glitten und Adlershof: Restaurant Kyffhäuser, Niederschöneweide, Berliner Straße.
- Köpenick und Friedrichshagen: Stadttheater in Köpenick.
- Lichtenberg, Friedrichsfelde, Biesdorf und Kaulsdorf: Sommertheater, Lichtenberg, Möllendorferstr. 26.
- Weißensee, Hohenschönhausen und Falkenberg: Schloß Weißensee.
- Pankow, Niederschöneweide, Blankenburg und Buchholz: Lindners Restaurant, Pankow, Breite Str. 34.

Referenten sind die Genossen: Bender, Böhm-Schuch, Dreuer, Ersippen, Dr. Herz, Heilig, Dr. Hilferding, Künstler, Köpfer, Meier, Dr. Moses, Schlegel, Stein, Stelkopf, Ströbel.

Die Genossinnen und Genossen treffen sich um 9 1/2 Uhr in den bekannten Abteilungslokalen. Von hier aus gemeinsamer Besuch der Versammlungsstellen.  
Erscheint alle! Keiner fehlt!  
Bezirksverband Berlin  
der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.  
Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.  
AU-Bund: Ortsgruppe Groß-Berlin.

Arbeitslosen in Oesterreich stieg von 90 000 (Ende November) auf 110 000 (Ende Dezember).

Der Verband der Metallindustriellen erachtet nun den Augenblick für gekommen, um die Loslösung der Lohnbewegung von der Indegbewegung durchzuführen. In einem Rundschreiben erklärt der Verband, daß der Dezemberindex für die Lohnberechnungen im Januar weiter in Geltung bleiben müsse und bei den weiteren Lohnverhandlungen die Indegziffern überhaupt nicht mehr berücksichtigt werden dürfen.

Da der Dezemberindex gegen November um 3 Proz., im Vergleich zu September um 15 Proz. niedriger war, liegt die Bedeutung dieses Beschlusses in der grundsätzlichen Trennung der Lohnpolitik von der Bewegung der Lebenshaltungskosten. Den Industriellen kommt es eben auf ihre vollkommene Bewegungsfreiheit an, die durch die gleitende Lohnskala in Oesterreich bisher gehemmt war. Der gegenwärtige 15prozentige Rückgang der Lebenshaltungskosten kann ja doch wieder, und zwar in Kürze, von steigenden Preisen abgelöst werden. In den letzten Wochen ist z. B. vom Nationalrat ein neues Mieterschutzgesetz angenommen worden, das die Kosten der Lebenshaltung bedeutend steigern muß. Ab 1. Februar 1923 setzt sich der Mietzins laut diesem Gesetz aus einem Grundzins von 50 Proz. des Friedenszinses, dem

Instandhaltungszins (150facher Friedenszins) und aus einem Anteil an den laufenden Hausauslagen (Betriebskosten und Steuern) zusammen.

Vorausichtlich wird die Offensive des Unternehmertums gegen den Lohn der durch Arbeitslosigkeit und wiedererfindende Teuerung müde werdenden Arbeiterschaft schwere soziale Kämpfe auslösen.

Zur Begründung der Kohlenpreiserhöhung wird von schwerindustrieller Seite durch die Telegraphen-Union mitgeteilt, daß der Beschluß im Reichskohlenrat zum ersten Male einstimmig gefaßt worden ist. Unrichtig, schon weil dies den Befragten bei der Festsetzung der Schiedsprüche widerspricht, ist die Behauptung, daß die Löhne der Bergarbeiter über die tatsächliche Verteuerung der Lebenshaltung hinausgegangen seien. Zum mindesten muß doch berücksichtigt werden, daß die letzten amtlichen Statistik ja die Teuerung der letzten Wochen gar nicht mehr enthalten, sondern sich auf den vergangenen Monat beziehen. Man rechnet infolge der Ruhrbefehung mit einer starken Verteuerung der Materialien. Weiter wird gesagt, daß man durch die letzte Preiserhöhung unter allen Umständen den Bergbau des besetzten Gebietes aufrecht zu erhalten sich bemüht. Immerhin bleibt dann die Frage offen, warum man dann auch die Kohlenpreise im unbesetzten Gebiet mit einem Schlage so stark heraufgesetzt hat. Die Proteste der Hausbrandverbraucher gegen diese Preissteigerung sind durchaus begründet.

Der erste Reichsbankausweis im neuen Jahre, der vom 6. Januar datiert ist, zeigt eine neue Steigerung des Notenumlaufes um 56,4 Milliarden Mark, so daß jetzt für 1335 Milliarden Banknoten im Verkehr sind. Der Bestand der Reichsbank an Scheckanweisungen des Reiches ist ein wenig zurückgegangen, beträgt aber immer noch mehr als eine Billion. Der Vorrat an Handelswechseln dagegen ist um 13 auf 435,6 Milliarden gestiegen. In dieser Bewegung der wichtigsten Kreditformen zeigt sich ein geringes Nachlassen der Kreditansprüche an die Reichsbank.

Neue Erhöhung der Walzisenpreise. Unter Hinweis auf die Erhöhung der Kohlenpreise feht der Deutsche Stahlbund seine Preise für Walzfabrikate wieder beträchtlich herauf. Ein Kilogramm Stabeisen kostet ab 12. Januar 355 M.

Krupp prägt Del. Die Ausmünzung von 80 Millionen Del in Aluminiumsilber von 1 und 2 Del, um die sich eine große Anzahl ausländischer Käufer beworben hatte, wurde dem Vertreter der Firma Arthur Krupp zugesprochen.

Devisenkurse. Unserer getriggen Kursstapel sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 100 österr. Kronen 14,86 Geld, 14,94 Brief, 1 ungarische Krone 3,94 Geld, 3,96 Brief, 1 bulgarische Lewa 70,82 Geld, 71,18 Brief, 1 jugoslawischer Dinar 105,23 Geld, 106,77 Brief, 100 polnische Mark galten im freien Verkehr etwa 49 M.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Und entscheidender Schlußfolgerungen. Der Vortrag des Dr. Goldbach: „Wie lernen wir die jugendliche Seele verstehen?“ findet nicht am 14., sondern am 20. Januar statt.  
Freireisende Gemeinde. Sonntag vormittags 11 Uhr im Festung-Museum, Belleville. Vortrag des Herrn Dr. R. Briel: „Das Wesen und der Wert der Bildung“. Oberlößnitz, Wilmersdorfer Str. 123a, Eingang Ransattische. Vortrag des Herrn Dr. R. Sturm: „Gerbert Hauptmann“. — Gäste willkommen.

Better bis Sonntag mittag. Etwas kühler, zeitweise heiter, aber unbeständig. An der Küste leichte Schneefälle, sonst meist trocken bei mäßigen nordwestlichen Winden.

Bei Husten, Asthma und Lungenleiden  
Sanitätsrat  
Dr. Wegscheiders **Brust-Tee** nach Original-Vorschrift hergestellt  
Elefant-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Straße 74, am Dönhofsplatz

**M. SCHULMEISTER**  
10 billige Tage  
Kottbuser Tor  
in  
Herren-, Knaben- u.  
Jünglings-Kleidung  
vom 6. - 17. Januar.

Der **LUCCA** Likör ist da!  
STIEGERWALD AKTIENGESELLSCHAFT (LUCCA COMPANY) HEILBRONN  
WILHELMSTR. 11

Vertretung und Lager für Groß-Berlin: **M. Schlewinsky**,  
Berlin-Wilmersdorf, Babelsberger Straße 48.  
Telephon: Amt Pfalzburg 9942, 9943.

**HALPAUS-RARITÄT**  
SPECIAL EXTRA DELIKAT LUXUS  
Die unübertroffenen Qualitäts-Cigaretten

**Theater, Lichtspiele usw.**

<b>Opernhaus</b> 7 Uhr: Zauberflöte	<b>Volkshöhne</b> 7 1/2 Uhr: Heber die Kraft (II. Teil)	<b>Kammerspiele</b> 8 Uhr: Timotheus in Isgrani Stg. 7 1/2: Kabale u. Liebe 8 Uhr: Das Glas Wasser	<b>Gr. Schauspielth.</b> (Karlstraße) Zum ersten Male 9 1/2 Uhr: Die tö- richte Jungfrau Sonnt. 2 Uhr: Das Schwarzwalddel 7 1/2 Uhr: Die törichte Jungfrau	<b>Kleines Th.</b> Tägl. 8 Uhr: Die Unmoralischen	<b>Residenz-Th.</b> Täglich 8 Uhr Es lebe das Leben von H. Södermann Ida Wüst Schroth, Klein, Böttcher, Eis, Wass
<b>Schauspielhaus</b> 7 1/2 Uhr: Hilban der Weise	<b>Lessing-Th.</b> 7 1/2 Uhr: Geschäft ist Geschäft Sonnt. 7 1/2: Faust Mont. 7 1/2: Geschäft ist Geschäft	<b>Opern-Gastspiele</b> im Walthalla-Th. Sonnt. nachm. 7 1/2 Uhr: <b>Carmen</b> Marcella Rosseter Maria Schaefer-Pfaff Carl Armster Franz Naval Inhaber 1-4 Pers. 50% Ermäßig.	<b>Theater des Ostens</b> (Rose-Theater) U. Florianshochzeit	<b>Reichshallen-Th.</b> Alteisenbr. 7 1/2, 9, Sonntag nachm. 3 Uhr habe Preise <b>STETTNER</b> Säng. Dönhoff- Brett! Tel. 7148	<b>Berliner Th.</b> 7.15: Madame <b>Pompadour</b> Hilde Wörner, Ro- berts, Wiri, Haskel.
<b>Königgrätz. Str.</b> 8 Uhr: Savonarola Ernst Deutsch	<b>Deut. Künstler-Th.</b> 7 1/2 Uhr: Käthe Dorsch in <b>Großmama</b> Sonnt. 7 1/2: Käthe Dorsch in Groß- mama	<b>Opern-Gastspiele</b> im Walthalla-Th. Sonnt. nachm. 7 1/2 Uhr: <b>Carmen</b> Marcella Rosseter Maria Schaefer-Pfaff Carl Armster Franz Naval Inhaber 1-4 Pers. 50% Ermäßig.	<b>Theater des Ostens</b> (Rose-Theater) U. Florianshochzeit	<b>Reichshallen-Th.</b> Alteisenbr. 7 1/2, 9, Sonntag nachm. 3 Uhr habe Preise <b>STETTNER</b> Säng. Dönhoff- Brett! Tel. 7148	<b>SO. Th.</b> 8 Uhr: Internat. <b>Varieté</b> Sonnt. 7 1/2: halb. Preis d. voll. Prog.

**Agout Zuckers!**  
Dermittel zum Süßen von Kaffee,  
Kakao, Tee usw. Süßholz!  
1 Tablette genügt für eine Tasse.  
Süßholz ist gut, billig und bekömmlich.  
Schokolade mit 100 200 300 Tablette

AGOUT in Kaminöfen, Öfen, Kesseln und Werten

**Deuts. Opernhaus**  
7 1/2 Uhr: **Tosca**  
Groß. Volksoper  
im Theat. d. Westens  
7 1/2: Die lustigen  
Weib. v. Windsor  
Stg. 2 1/2 U. d. K. Pra  
Raub d. Sabrierian.  
Intimes Theater  
7 1/2 U. hat will mit w.  
10 1/2: Freundinnen  
Inhalt von Andersen  
Jeder die Hälfte!  
Lustspielhaus  
U.: Der Musterpatte  
mit Max Adalbert  
Metropol-Theater  
7 1/2 U.: New York-Berlin  
U.: Die Bajadere  
Neues Operat.-Th.  
7 1/2 Uhr:  
Heirate deine Frau!  
Neues Th. am Zoo  
7 1/2: Jan Gherth Operette  
**Dorine u. der Zufall**  
Neues Volkstheater  
200 Mitwirkende! 6 Balletts!  
Mr. Jackson von Alhambra-Theater  
in London mit seinen engl. Artists  
Max Landu, Bruno Kasner,  
Arnold Rieck, Albert Kutzner,  
Balzer, Lichtenstein, Rosa  
Falsagg, Metofka, Nordheim

**Komische Oper**  
(7 1/2) Dir.: James Klein (7 1/2)  
Internat. Revue in 25 Bildern  
**Europa spricht davon**  
200 Mitwirkende! 6 Balletts!  
Mr. Jackson von Alhambra-Theater  
in London mit seinen engl. Artists  
Max Landu, Bruno Kasner,  
Arnold Rieck, Albert Kutzner,  
Balzer, Lichtenstein, Rosa  
Falsagg, Metofka, Nordheim

**Der Blaue Vogel**  
Goltzstraße 9  
Nollendorf 1613  
U.: Allabendlich 8 1/2  
U.: Das 3. Programm

**Central-Theater**  
7 1/2: Der Bigamist  
3 1/2 Uhr:  
Der g-tief. Kater

**Neue Welt**  
Hasenheide 108/14  
Täglich  
**Gr. Rockierfest**  
Heute:  
ALPENBALL  
8 Kapellen

**Russisches Romant. Theater**  
(Apollo-Theater)  
Friedrichstr. 216  
Regie Boris Romanoff  
**Das Russisch. Ballett**  
Bat. 8 1/2, 10, 11. Tel. Bat. 106

**Casino-Theater**  
Der neue Schloßpark 8 Uhr:  
Müllers Prinzrechen

**WINTGARTEN**  
**Varieté-Spielplan**  
Rauchen gestattet!

**PATENTE**  
Dr. Bogdahn, Institut  
f. Trach.-Vereln, Berlin  
10, SW 61, Chausse. Str. 2.

**Urania**  
Theater 8 Uhr  
Sinnachs For-  
schungen  
Kleiner Saal 8 Uhr  
Physikal. Grund-  
lagen der Elektro-  
technik

**Zielka**  
Friedrichstr. 61  
Ecke Leipziger Str.  
Heller Spiele u.  
Margaretenaal  
7 1/2 Uhr

**Arnold Rieck**  
Melitta Klefer  
und d. gr. Januar-  
Programm:  
4 1/2 Uhr: Nachm-  
Vorstellungen

**Das Schulprogramm**  
der  
Sozialdemokratie  
v. RICH. LOHMANN  
Ein prakt. Handbuch  
für Eltern, Lehrer u.  
Erzieher, in dem nicht  
nur die Forderungen  
der Sozialdemokratie  
zusammengefaßt  
sind, sondern auch die  
nächsten Möglichkeit  
zur Schulreform im  
Zusammenhang mit  
der Forderung des  
Ziels  
dargestellt werden.  
Preis Mark 300.—  
Buchhandlung  
Vorwärts  
BERLIN SW 61  
LINDENSTR. 2

**Ungeheuer** gestiegen im Preise sind  
alle Lebensmittel u. Be-  
darfsartikel. Kleine Anzeigen  
im Vorwärts sind immer noch  
**billig!**

**Zur Rheinfrage**  
einer unserer größten gegen-  
wärtigen Sorgen, nimmt mit  
starker Sachlichkeit Stellung  
das folgende erschiene Wert

**Die Rheinlande in  
der Franzosenzeit**  
Von Dr. Alexander Conrady

Was dem Jubel  
des 24. Sept. Großfesten ungleichen  
Duches sein folgens Kapitel  
erwähnt: Der alte Rhein / Ma-  
kranz und Herkommen / Zunft-  
geist und Industrie / Die Revolu-  
tion / Der Kampf des linken  
Rheinlandes / Rheinländer / Fran-  
zösische Herrschaft auf beiden Ufern /  
Das Ende der Fremdherrschaft  
Preis broschiert 1800 M.  
Gebunden 2700 M.

**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin SW 68, Lindenstraße 2

